



94 | 2008

Manfred Wilke | Udo Baron

„Die Linke“

ENTSTEHUNG – ENTWICKLUNG –
GESCHICHTE

ZUKUNFTSFORUM
POL



ISBN 978-3-940955-37-1

www.kas.de

 Konrad
Adenauer
Stiftung

INHALT

5 | VORWORT

7 | „AUFERSTANDEN AUS RUINEN“ VON DER SED ZUR PARTEI „DIE LINKE“

- *Die sozialistische Strömungspartei* 9
- *Demokratischer Sozialismus als Ziel* 10
- *Wahlerfolge* 12
- *Der „Glücksfall“ 2005 – Die Westausdehnung gelingt* 14

20 | POPULISMUS UND AUSSERPARLAMENTARISCHE BÜNDNISPOLITIK

- *Die Gründung der gesamtdeutschen Partei „Die Linke“* 20
- *Die Geschichte der SED-Diktatur und die Identität der Partei* 23
- *Durch Populismus zur Macht – Das Strategiepapier von Dietmar Bartsch* 36

45 | DIE AUTOREN

45 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG

REDAKTIONELLE BEARBEITUNG:

Tobias Montag

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-940955-37-1

VORWORT

Als die Väter und Mütter des Grundgesetzes vor nunmehr fast sechzig Jahren die freiheitliche und demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland schufen, stellten sie den Schutz der unveräußerlichen Menschenwürde des Individuums an die Spitze der verfassungsrechtlichen Wertehierarchie und versahen diese, wie auch die Strukturprinzipien der Republik, mit einer Ewigkeitsgarantie. Hintergrund für diese Regelungen waren die Erfahrungen des Untergangs der Weimarer Republik, der von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen totalitären, rechts- wie linksextremistischen Gruppierungen geprägt war, ebenso wie die der menschenverachtenden nationalsozialistischen Diktatur. Für die Väter und Mütter des Grundgesetzes verlief die entscheidende Konfliktlinie deshalb nicht primär zwischen den rechts- und linksradikalen Diktaturanhängern, sondern zwischen den totalitären Bewegungen und den Verfechtern des demokratischen Verfassungsstaates. Die Erkenntnis, dass extremistische Bewegungen untereinander signifikante Gemeinsamkeiten aufweisen und ihnen gleichermaßen entschieden entgegenzutreten ist, gehört seitdem zum „antitotalitären Grundkonsens“ der Bundesrepublik.

Mit einer Reihe von aktuellen Untersuchungen zum Rechtsextremismus hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in den letzten Monaten bereits einen erneuten Beitrag zur Festigung des Wertekonsenses und der politischen Willensbildung geleistet. In drei Bänden über die Partei „Die Linke“ sollen nun die Herausforderungen untersucht werden, vor die der Linksextremismus unsere Demokratie stellt. Neben der vorliegenden Untersuchung der jüngeren historischen Entwicklung der Partei geht es dabei in zwei weiteren Teilen um die Bündnis- und Koalitionspolitik sowie um die politischen Konzeptionen der Partei.

In der politischen und der öffentlichen Debatte ist die Zuordnung der Partei „Die Linke“ zum Linksextremismus durchaus umstritten. Als eine in den Kommunalvertretungen, etlichen

Länderparlamenten und im Bundestag vertretene Partei, die eine Vielzahl durchaus heterogener Strömungen umfasst und die vor allem auf der kommunalen Ebene auch zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit ist, scheint eine pauschale Verurteilung der SED-Nachfolgepartei ungerechtfertigt, ja vielleicht sogar kontraproduktiv. Auch die „antifaschistische“ Selbststilisierung der Partei verdeckt oftmals das eigene extremistische Potential. Dennoch zeigt die vorliegende Studie eine Reihe von Schnittstellen, personellen Kontinuitäten und ideologischen Versatzstücken auf, die belegen, dass „Die Linke“ den antitotalitären Grundkonsens nicht teilt.

Wer die notwendige und unumgehbare inhaltliche Auseinandersetzung mit den nicht selten unrealisierbaren und ungeeigneten politischen Vorschlägen der Partei führen will, kann auf die Kenntnis der Grundlagen nicht verzichten. So verstanden ist der Schwerpunkt des vorliegenden Bandes, der intensive Blick auf die jüngere Historie und die gegenwärtige Entwicklung der Partei „Die Linke“, nicht primär auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft gerichtet. Die Autoren zeichnen nach, wie sich die SED-Nachfolgepartei an die Verhältnisse in der Bundesrepublik angepasst und vermeintlich in das System demokratischer Parteien integriert hat. Anhand der Auswertung pogrammatischer Äußerungen wird jedoch deutlich, dass weite Teile der Partei nach wie vor am Ziel einer sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft festhalten und dieses mit einer Strategie des Populismus verfolgen.

Ein besonderer Dank für diese Ausarbeitung gebührt an dieser Stelle den beiden Autoren Professor Dr. Manfred Wilke und Dr. Udo Baron.

Berlin, im November 2008

Dr. Michael Borchard
Leiter
Hauptabteilung Politik und Beratung
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und
Beratung

„AUFERSTANDEN AUS RUINEN“

VON DER SED ZUR PARTEI „DIE LINKE“

Der Ausgangspunkt für die heutige Bedeutung der Partei „Die Linke“ im gesamtdeutschen Parteiensystem war das Ergebnis der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) bei der freien Volkskammerwahl 1990, das zwar die Vorherrschaft der Partei brach, ihr aber ein politisches Überleben als Oppositionspartei ermöglichte. Diesem „Wahlerfolg“ war die Rettung der Partei vorangegangen. Trotz des Staatsbankrotts der DDR im Jahre 1989 hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) politisch nicht kapituliert und sich nicht aufgelöst. Sichtbarstes Zeichen der nicht aufgegebenen Kontinuität war die Namensänderung der SED im Dezember 1989 in SED-PDS. Gleichzeitig beanspruchten Honeckers Erben die friedliche Revolution vom Herbst 1989, die das Ende der SED-Diktatur einleitete, für sich. Noch ging es Ministerpräsident Hans Modrow und Gregor Gysi um die Rettung der DDR als eigenständiger sozialistischer Staat auf deutschem Boden. Die gewendete SED hatte einen neuen Namen gewählt, sie nannte sich ab Februar 1990 nur noch „Partei des Demokratischen Sozialismus“. Die SPD überließ den DDR-Kommunisten ihre alte Selbstbeschreibung kampfflos.

Bei der Aufrechterhaltung der Kontinuität zur SED ging es nicht in erster Linie um die historische Wahrheit, sondern mit diesem Schritt sicherte sich die künftige PDS vorerst Zugriff auf Teile des Vermögens der DDR-Staatspartei und übernahm als deren Rechtsnachfolgerin auch die Kader der

zweiten und dritten Reihe, aus denen sich die neue Führung rekrutierte. Damit nicht genug: Bis heute blieb die mittlerweile in „Die Linke“ umbenannte Partei Eigentümerin der Akten des SED-Parteiarchivs.

Durch ihre Rolle bei dem friedlichen Systemwechsel – dies war vor allem der in Leipzig am 9. Oktober 1989 vom Volk erzwungene Verzicht auf den Einsatz von Gewalt – wurde der SED die Selbstreform ermöglicht. Hinzu kommt, dass die sowjetische Führung zu diesem Zeitpunkt an der Spitze der SED durchaus eine Veränderung wollte, aber noch nicht bereit war, die DDR freizugeben. Noch immer standen mehrere 100.000 sowjetische Soldaten in der DDR.

Helmut Kohl war es, der von den Kommunisten den Verzicht auf das Machtmonopol forderte. Sie sollten den Übergang zur parlamentarischen Regierungsform freimachen, in der DDR freie Wahlen durchführen und sich dem Votum der Wähler unterwerfen. Diese Forderung implizierte nicht die Auflösung oder das Verbot der SED, sondern ließ ihr die Chance zur Wandlung in eine parlamentarisch agierende Partei. Die ersten Sekretäre der Bezirksleitung der SED erkannten diesen Rettungsring, den ihnen ihre Gegner zuwarfen. Sie zwangen das SED-Zentralkomitee am 3. Dezember 1989 zum Rücktritt und vollzogen auf dem letzten Parteitag der SED, der zugleich der Gründungsparteitag der PDS war, den Bruch mit der marxistisch-leninistischen Parteikonzeption, die die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) bzw. die SED von den sowjetischen Kommunisten übernommen hatte. Die SED-Reformer trennten sich eilig und „unwiderruflich“ vom Stalinismus als einer diktatorischen Fehlentwicklung der kommunistischen Bewegung. Auf diesen Beschluss von 1989 beziehen sich auch die „Programmatischen Eckpunkte“ der Linkspartei von 2007. Mit diesem Trennungsstrich wurde stillschweigend das Glaubensbekenntnis jedes SED-Mitglieds aufgehoben, das auf den sowjetischen Diktator Josef Stalin zurückging und da lautete: Ob jemand Kommunist ist, entscheidet sich an seinem Verhältnis zur Sowjetunion. Deren Verteidigung war die oberste Pflicht eines jeden Kommunisten. Mit der Transformation der SED endete auch ihre sklavische Abhängigkeit von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), unmittelbar bevor diese selbst ihr Ende nahm. Der Trennungsstrich zum Stalinismus verdeckte, dass es Josef Stalin höchstpersönlich war, der 1945 nach dem Sieg über Adolf Hitler entschieden hatte, dass die KPD – geführt von den moskautreuen Kadern Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht – in der sowjetischen Besatzungszone zur staatsaufbauenden Partei wird.¹

DIE SOZIALISTISCHE STRÖMUNGSPARTEI

1989/90 wurde die Umwandlung der vormals marxistisch-leninistischen SED in eine sozialistische Strömungspartei als „Linienwechsel“ von oben durchgesetzt. Die neue Führung nutzte die Satzung der SPD als Vorlage für das neue Statut der PDS. Die nach außen monolithische Partei verwandelte sich wie von Zauberhand berührt. Die vom Apparat der SED verordnete Einigkeit wich innerparteilichen Kontroversen, das leninistische Verbot der Fraktionsbildungen wurde zugunsten innerparteilicher Flügelbildungen aufgehoben. Plötzlich wurden unterschiedliche Strömungen in der Partei öffentlich, unter ihrem Dach gewährte sie sogar organisatorische Autonomie für unterschiedliche „Plattformen“. Die Vergabe von Parteifunktionen und die Nominierung von Kandidatenlisten für Wahlen regelten von nun an innerparteiliche Wahlen. Die PDS entwickelte sich zu einer Strömungspartei mit den unterschiedlichsten innerparteilichen Arbeitsgruppen und Foren, die verschiedene Zielgruppen an die PDS binden sollen. So verstehen sich die „Kommunistische Plattform“ (KPF), das „Marxistische Forum“ und der „Geraer Dialog/Sozialistische Dialog“ als Ansprechpartner der orthodoxen Marxisten-Leninisten in Westdeutschland ebenso wie für alte SED-Funktionäre. Die von Angela Marquardt, sie ist mittlerweile zur SPD gewechselt, geführte ehemalige Arbeitsgemeinschaft „Junge GenossenInnen“ hatte die Aufgabe, das autonome und Antifa-Spektrum an die Partei zu binden. Während die Arbeitsgemeinschaft „Betrieb & Gewerkschaft“ das Bindeglied zum DGB und seinen Einzelgewerkschaften darstellt, verkörperte das „Forum Demokratischer Sozialismus“ für kurze Zeit den „sozialdemokratischen Flügel“.

Dieser Bruch von 1989/90 mit dem marxistisch-leninistischen Parteiverständnis war auch die Voraussetzung für die Integration der verschiedenen Strömungen der bundesrepublikanischen Linken seit 1990. Damals trat die PDS bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl bereits mit einer offenen „Linken Liste“ auch in Westdeutschland an und scheiterte zunächst. Das Konzept der Strömungspartei ermöglichte dann aber die Kooperation mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) unter dem Namen „Linkspartei“ bei der Bundestagswahl 2005 und die Integration auch ehemaliger westdeutscher Sozialdemokraten in der neugegründeten Partei „Die Linke“ 2007. Das war der entscheidende Schritt, um als gesamtdeutsche Partei auftreten zu können.

Bis zu diesem Durchbruch war es 1990 für die PDS noch weit. Zunächst galt es auch im Selbstverständnis der SED-Reformer mit dem Ende der DDR und der Sowjetunion persönlich und politisch fertig zu werden. Unzweifelhaft hatten die deutschen Kommunisten auf dem langen Marsch zum Sozialismus eine schwere Niederlage erlitten. Aber sie hatten nicht kapituliert! Als „Demokratische Sozialisten“ waren sie noch immer bereit, einen neuen „Anlauf zum Sozialismus“ zu unternehmen.

Das Parteiprogramm der PDS von 2003, das die Zukunft des vereinigten Deutschlands in den Blick nahm, definiert Sozialismus in drei Dimensionen: als Weg, als Bewegung und als Wertesystem. Wörtlich heißt es: „Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.“² Da aber der Sozialismus auch der Weg zu diesem Ziel ist, ist er zugleich „Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft in der die Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln“.³

Mit diesem programmatischen Selbstverständnis definierte sich die PDS zum Mitstreiter in allen antikapitalistischen Protestbewegungen oder Kämpfen der Gewerkschaften, ohne dabei ihren Avantgardeanspruch aufzugeben, jenen sozialen Bewegungen den Sozialismus als gesellschaftliche Alternative aufzuzeigen.

DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS ALS ZIEL

Wollte die Partei 1990 überleben, musste sie sich den Spielregeln der von ihr nicht gewollten parlamentarischen Demokratie unterwerfen und anpassen. Die Partei hatte in ihrem ersten Programm vor der letzten Volkskammerwahl versichert: „Sie strebt kein Monopol der Macht an.“ Diese Aussage unterstrich sie mit der Feststellung, „ein Wahrheitsmonopol gibt es für uns nicht“,⁴ womit sie sich positiv von den Zielen und Praktiken der SED abgrenzte.

Sie akzeptierte das Grundgesetz und die parlamentarische Demokratie, am Ziel einer sozialistischen Gesellschaft hielt die Partei aber weiterhin fest. Die Formel für die Verbindung von Demokratie und Sozialismus

wurde der SPD entlehnt: demokratischer Sozialismus. In einem kurzen Abriss der Geschichte der Linkspartei heißt es dazu: „Seit der staatlichen Vereinigung Deutschlands hat sich die PDS stets zum Grundgesetz der Bundesrepublik bekannt, schon vorher zur parlamentarischen Demokratie. Sie zog aus dem missglückten Experiment des Staatssozialismus, aus seinen Fehlleistungen und Verbrechen die Folgerung, dass sozialistische Ziele ausschließlich mit demokratischen Mitteln, nur durch das Handeln von Mehrheiten erreicht werden können.“⁵

Die Gewinnung von gesellschaftlicher Akzeptanz und Wählerstimmen zunächst in Ostdeutschland war die Voraussetzung für die Rückgewinnung staatlicher Machtpositionen in freien Wahlen. Von Anfang an verfolgten die Postkommunisten eine stringente Linie, die auf die Rückeroberung der Teilhabe an der Macht in den neuen Ländern über ihre Rolle in der Opposition ausgerichtet war. Die Schlüsselfrage dieser Strategie war für die PDS-Führung in den 1990er Jahren, wie die SPD auf das parlamentarische Gewicht in den Landesparlamenten reagierte. Der Vordenker der Partei, André Brie, formulierte den Weg der Partei zurück an die Macht im Herbst 1989 – noch vor dem Ende der SED – so:

„1. Ist das internationale wie das Kräfteverhältnis in der DDR dergestalt, dass auf eine deutsch-deutsche Annäherung realistischere nicht verzichtet werden kann (auch wenn man sie negativ bewertet), zumal sich die gemeinsamen nationalen Wurzeln als außerordentlich stark erweisen; 2. kann die BRD eine beträchtliche ökonomische und finanzielle Quelle für die Erneuerung der DDR darstellen; die DDR kann dabei an die Interessen einflussreicher BRD-Kreise anknüpfen; 3. entspricht es der historischen Verantwortung und den Möglichkeiten der DDR, zur Einbindung der BRD in eine entmilitarisierte und kooperative Entwicklung Europas beizutragen.“⁶

Diese Sätze zeugen nicht von Aufgabe, sondern von der Aufforderung an die damals noch SED genannte Partei, sich auf die neue Lage einzustellen und ihre Möglichkeiten aktiv zu nutzen. Natürlich musste die Partei zunächst die Oppositionsrolle akzeptieren und aus ihr heraus den Wiederaufstieg in der postrevolutionären DDR schaffen. Eine Restauration des Machtmonopols der SED hielt Brie zu diesem Zeitpunkt auch bei der Aufrechterhaltung der deutschen Zweistaatlichkeit schon nicht mehr für möglich. Die nächste Aufgabe der Partei war die Bändigung des realen Kapitalismus in Deutschland. Das bedeutete zunächst, nachdem die Wür-

fel für die Einheit gefallen waren, eine negative Integration der PDS in das vereinigte Land und Ausrichtung auf die Interessenvertretung der Ostdeutschen im Transformationsprozess, von dem diese besonders betroffen waren. Die SED-Nachwuchsfunktionäre verstanden es, ein DDR-Gefühl nach dem Untergang des SED-Staates in Abgrenzung zur westdeutsch dominierten Vereinigungspolitik durch ihr Auftreten zu aktivieren. Es zeigte sich schnell, dass das deutsche Parteiensystem auch nach der Vereinigung 1990 in Ost und West gespalten blieb und sich der von Brie prognostizierte „Wiederaufstieg“ der PDS im Osten tatsächlich in den Meinungsumfragen niederschlug. 2008 wurde „Die Linke“ mit 31 Prozent Zustimmung in den Umfragen zur stärksten Partei im Osten.⁷ Bundesweit kommt sie auf Werte zwischen zwölf und 15 Prozent.⁸

WAHLERFOLGE

Nachdem der 18. März 1990 als Wahltermin für die letzte Volkskammer der DDR feststand, trennte sich die SED-PDS am 4. Februar 1990 von dem Namen der Partei des Staatsbankrotts der DDR und nannte sich von nun an nur noch PDS. Dennoch musste die PDS nach der Wahl hinnehmen, dass sie mit lediglich 16,4 Prozent der Stimmen nur 66 Mandatsträger stellen konnte. Die absolute Dominanz der Partei in der Volkskammer war gebrochen. Die PDS verschwand jedoch bei der ersten Wahl zum gesamtdeutschen Bundestag nicht von der Bühne. Bundesweit erhielt sie 2,4 Prozent der Stimmen, im Osten waren es 11,1 Prozent. Da die Fünf-Prozent-Klausel bei dieser Wahl getrennt für die Wahlgebiete West und Ost galt, bekam die PDS 17 Sitze und zog damit als Abgeordnetengruppe in den Bundestag ein. Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus wurden 9,2 Prozent erreicht, davon im Osten 23,6 Prozent, im Westteil der Stadt 1,1 Prozent. Im Abgeordnetenhaus erhielt die PDS damit 23 Mandate.

Die PDS hatte die erste Hürde auf dem Weg zur Rückkehr an die Macht erfolgreich gemeistert. Ihr Slogan hieß damals: „Wir sind Opposition!“ Er wurde 1994 vor der Bundestagswahl ergänzt durch den Zusatz „Veränderung beginnt mit Opposition!“. Trotz ihrer Erfolge räumten die Wahlforscher 1990 der PDS nur wenige Überlebenschancen ein. Sie hielten die Partei für ein Übergangsphänomen des Vereinigungsprozesses. Damit unterschätzten sie die SED-Milieus in der DDR und den politischen Selbstbehauptungs- und Machtwillen von Honeckers Erben nach der historischen Niederlage der totalitären Staatspartei SED. In der politischen

Praxis der neuen Länder wurde die PDS nach 1990 zu einer berechenbaren, koalitionsfähigen Partei vor Ort und ab 1998 für die SPD auch auf Landesebene in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck bescheinigte ihr im Juli 2007: „In den ostdeutschen Ländern hatte sich die PDS zu einer realistischen politischen Kraft entwickelt.“⁹

Bei den Landtagswahlen 1994 konnte die PDS Stimmen hinzugewinnen und sich als dritte politische Kraft in den neuen Bundesländern hinter CDU und SPD behaupten. 1994 erreichte sie bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag bundesweit 4,4 Prozent der Zweitstimmen. Da sie in Berlin vier Direktmandate gewann, konnte sie als Gruppe mit dreißig Abgeordneten in den Bundestag einziehen, obwohl sie mit ihrem Zweitstimmenanteil die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen konnte. Vier Jahre später bei den Bundestagswahlen vom 27. September 1998 errang die PDS fast eine halbe Million Zweitstimmen mehr und kam auf 5,1 Prozent. Erstmals zog sie mit dem Status einer Fraktion in den Deutschen Bundestag ein. 1998 gelang ihr erstmalig auch eine Regierungsbeteiligung auf Länderebene. Nachdem sie bereits von 1994 bis 1998 eine rot-grüne Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt toleriert hatte, stieg sie nun zum Koalitionspartner der Sozialdemokraten auf. Noch im selben Jahr entstand in Mecklenburg-Vorpommern die zweite rot-rote Koalition, der dann 2002 der dritte Zusammenschluss dieser Art in der Bundeshauptstadt Berlin folgte. Zwei Jahre später gelang der Einzug ins Europaparlament mit 5,8 Prozent der Stimmen. Im selben Jahr wurde die PDS in Sachsen (22,2 Prozent) und in Thüringen (21,3 Prozent) zur zweitstärksten Partei in den jeweiligen Landtagen. Es bedurfte nicht einmal einer Dekade, bis aus der alten DDR-Staatspartei SED wieder eine Partei mit Regierungsverantwortung geworden war.

Den Erfolgen im Osten standen jedoch empfindliche Niederlagen im Westen gegenüber, wo die Ausdehnung stagnierte. Die Ablehnung der SED-Nachfolgepartei in den westdeutschen Ländern blieb zunächst unüberwindbar. Der PDS gelang es zu keinem Zeitpunkt, auch nur annähernd in den Ländern der „alten Bundesrepublik“ die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Überlegungen, mit den Grünen zusammenzugehen, um so den Weg nach Westen zu schaffen, scheiterten schon im Ansatz.

Bis 2005 konnte die PDS in Westdeutschland überwiegend nur ehemalige Angehörige linksextremistischer Gruppierungen als Mitglieder gewinnen.

Die SED-Nachfolgepartei war für die Linke im Westen, deren politische Heimat die Grünen oder die SPD waren, nicht wählbar. Schließlich gehörten die PDS-nahen linksextremistischen Gruppierungen im Westen zu den entschiedensten Verfechtern der deutschen Zweistaatlichkeit vor 1989 und zu den vehementesten Gegnern der deutschen Vereinigung.¹⁰ Ihr Verhältnis zu den Marxisten-Leninisten war vor 1989 ambivalent: Eine Zusammenarbeit mit westdeutschen Kommunisten in außerparlamentarischen Aktionen war zwar normal geworden, ebenso die Kontakte zur SED im Rahmen der Entspannungspolitik, aber ein offenes Bündnis mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), dem Westapparat der SED, wagte die Linkspartei nicht.

So lief die PDS Gefahr, auf das Niveau einer ostdeutschen Regionalpartei reduziert zu werden. Viele Parteien- und Wahlforscher erwarteten eine solche Entwicklung. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2002 schien ihre Prognose zu bestätigen: Die PDS schaffte erstmals nicht den Einzug in den Deutschen Bundestag in Gruppenstärke. Mit Petra Pau und Gesine Löttsch repräsentierten lediglich noch zwei direkt gewählte Abgeordnete der PDS aus Berlin die Partei im Bundestag. Die Strategie der PDS, über den Weg der Opposition den Weg in die Regierungsverantwortung zu finden, war scheinbar auf Bundesebene gestoppt worden. Für die alte PDS schien nur noch der Platz als ostdeutsche Milieupartei im bundesrepublikanischen Parteienspektrum übrig zu bleiben.

DER „GLÜCKSFALL“ 2005 – DIE WESTAUSDEHNUNG GELINGT

Ein „Glücksfall“ der Geschichte rettete vermutlich die PDS vor dem Absturz in die politische Eingrenzung auf den Osten. Am 14. März 2003 verkündete der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag seine arbeits- und sozialpolitischen Reformvorschläge unter dem Stichwort „Agenda 2010“. Bundesweiter Protest war die Folge. Vor allem linke Sozialdemokraten und Gewerkschafter machten Front gegen die Reformvorhaben des eigenen Kanzlers. Einige Gewerkschaftsfunktionäre gründeten während der Hochphase der „Montagsdemonstrationen“ gegen die „Agenda 2010“ am 3. Juli 2004 den Verein Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V., aus dem sich am 22. Januar 2005 die Partei WASG konstituierte.

Mit der WASG und ab Juni 2005 mit ihrem Frontmann Oskar Lafontaine entstand Anfang 2005 eine aus der SPD kommende Gruppierung, die vornehmlich von linken Funktionären aus der IG Metall und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di organisiert wurde. Sie brachen mit der SPD, als aus ihrer Sicht die rot-grüne Bundesregierung mit ihren Arbeitsmarktreformen unter den Stichworten „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ begann, den alten Sozialstaat westdeutscher Prägung zu zerstören.

Der PDS war mit der WASG ein gleichgesinnter Partner im Westen erwachsen. Getragen von der „Leitidee der sozialen Gerechtigkeit“, wie es ihr Gründungsprogramm formulierte, stand der Protest gegen das Feindbild eines weltumspannenden „Neoliberalismus“ im Mittelpunkt ihres Denkens, der in Deutschland Arbeitsplätze vernichte.¹¹ Die WASG-Leitsätze orientierten sich stark an der Programmatik der IG Metall, die noch immer in großen Teilen auf den alten Sozialstaat westdeutscher Prägung mit staatlichen Beschäftigungs- und Investitionsprogrammen zur Arbeitsbeschaffung setzt. Zwangsläufig reduzierte sich durch diese Fixierung ihr Programm auf Fragen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Mit Blick auf die künftige Programmatik nahm die PDS einen Vergleich ihres Programms mit den Vorstellungen der WASG vor. Dieser kam zu dem Ergebnis, dass der Anti-Neoliberalismus das einigende Band zwischen beiden Parteien darstellt, aber nicht die Zielsetzung „Sozialismus“, an der die PDS festhält. „Neoliberalismus“ steht als „Synonymbegriff für alle Gebrechen und Krisen der gegenwärtigen Gesellschaft sowohl national als auch international“ – so die Vergleichsstudie der Rosa-Luxemburg-Stiftung.¹² Um diesen zu stoppen, plädierten beide Parteien für einen starken Staat als zentralen wirtschaftspolitischen Akteur, der die soziale Gerechtigkeit durchsetzen soll. Ausgehend von einem etatistischen Politikansatz wird in der „Vergesellschaftung“ strukturbestimmender Unternehmen“ und im Ausbau des öffentlichen Dienstes der Schlüssel für die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme gesehen. Weitere Privatisierungen öffentlicher Unternehmen werden abgelehnt. Um Kompatibilität mit gewerkschaftlichen Forderungen zu erreichen, wurden die Einführung von Mindestlöhnen und eine aktive Arbeitsmarktpolitik gefordert. Dem gleichen Ziel dient das Stichwort „Wirtschaftsdemokratie“. Mit ihm wird eine Ausweitung der Arbeitnehmerrechte und der Mitbestimmung gefordert. Eine Mindestrente soll die Alterssicherung regeln. Die Frage der Gegenfinanzierung bleibt unbeantwortet. Pauschal wird nur auf die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung einer Ver-

mögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer verwiesen. Nach der Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung gab es also mehr programmatische Gemeinsamkeiten zwischen der WASG und der PDS als die sie noch trennende Vision des Sozialismus.

Die politische Vorlage zur forcierten Realisierung dieses Ost-West-Zusammenschlusses lieferte Bundeskanzler Schröder als er nach der für seine Partei verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 22. Mai 2005 vorgezogene Neuwahlen zum Deutschen Bundestag für den 18. September 2005 ankündigte. Bei der NRW-Wahl verbuchte die WASG einen Achtungserfolg, der die PDS zum Handeln veranlasste. Der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine und Gregor Gysi forderten, die Chance zu nutzen, mit Hilfe der WASG eine gesamtdeutsche Linke zu formieren, die in den Bundestag einziehen kann. Da in der Kürze der Zeit eine Fusion nicht möglich war, musste ein Wahlbündnis unter Regie der PDS als erster Schritt zur geeinten Linken vorerst ausreichen. Spitzenkandidaten wurden Lafontaine und Gysi, zwei medienwirksame Redner, die lautstark verkündeten, man wolle gemeinsam den Platz der Sozialdemokratie im Parteienspektrum besetzen, den die SPD durch ihren „neoliberalen“ Kurs verlassen habe. Lafontaine und Gysi stellten ihren Anhängern ein Ultimatum, sie würden nur kandidieren, wenn das Etappenziel „Wahlbündnis“ als Vorstufe zur Fusion in Ost und West akzeptiert werde. Beiden ging es um eine gesamtdeutsche Linke. Inhaltliche Diskussionen wurden auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben. Bereits Mitte Juni 2005 konnten deshalb die Führungsgremien beider Parteien beschließen, dass Kandidaten der WASG auf den offenen Listen der PDS zu den Bundestagswahlen aufgestellt werden. Im Juli sprach sich die Mehrheit der WASG-Mitglieder in einer Urabstimmung für ein solches Bündnis aus. Am 17. Juli votierte auch die PDS auf einer außerordentlichen Tagung ihres 9. Parteitages dafür.

Die PDS erfüllte außerdem eine Vorbedingung der WASG, sie änderte ihren Namen in die „Linkspartei.PDS“. Den westdeutschen Landes- und Gebietsverbänden wurde zugestanden, auf den Zusatz PDS zu verzichten, um ihre Erfolgchancen nicht durch die Assoziationen der Wähler mit der SED zu schmälern. Bewusst sollte nach außen der Eindruck erweckt werden, es handele sich um einen historisch nicht vorbelasteten parteipolitischen Neuanfang.

Zugleich hofften die Parteistrategen dadurch auch die Hemmschwelle für viele westdeutsche Linke, die der PDS aufgrund ihrer SED-Vergangenheit kritisch gegenüberstanden, zu senken. Von der Öffentlichkeit unbeachtet wurde auch die Vernetzung mit der DKP enger. Zahlreiche Parteimitglieder wie die Hochschullehrer und früheren DKP-Vorstandsmitglieder Jörg Huffschmid und Georg Fülberth wurden auf den offenen Listen der Linkspartei.PDS platziert. Das Wahlbündnis umschiffte geschickt alle Klippen des Bundeswahlgesetzes. Lafontaine kandidierte für die WASG in Nordrhein-Westfalen, Gysi für die PDS in Berlin.

Diese Kooperation zwischen der Linkspartei und der DKP hält bis in die Gegenwart an. Mit dem DKP-Gründungsmitglied Christel Wegner zog erstmals im Zuge der Landtagswahlen in Niedersachsen vom Januar 2008 eine westdeutsche Kommunistin für „Die Linke“ in ein westdeutsches Landesparlament ein. Zwar wurde sie nach ihren umstrittenen Äußerungen über die Notwendigkeit eines neuen Staatssicherheitsdienstes nach der Eroberung der Macht aus der Fraktion „Die Linke“ ausgeschlossen. Dennoch hielt der Bundesgeschäftsführer der Linkspartei Dietmar Bartsch vor dem Hintergrund dieses Ekklats der DKP die Treue, indem er hervorhob, die „Linke darf nicht antikommunistisch werden und wir bleiben bei politischen Projekten sowie auf kommunaler Ebene auch gegenüber DKP-Mitgliedern offen zur Zusammenarbeit“.¹³

Der Erfolg bei der Bundestagswahl mit 8,7 Prozent der Wählerstimmen bestätigte die gewählte Strategie. Die Partei konnte mit 53 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag einziehen und somit stärker als die Bündnisgrünen werden. Die programmatische Grundlage der Linkspartei.PDS bildete das im Oktober 2003 verabschiedete Parteiprogramm der PDS. Danach strebt die Partei ein über die Grenzen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik hinausgehendes System an. Sie hält es für erforderlich, die „gegebenen Verhältnisse“, d.h. die „kapitalistische Gesellschaft“ bzw. die für „Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung“ ursächlichen „Macht- und Eigentumsverhältnisse“ zu überwinden.¹⁴

Der Einzug der Linken in den Bundestag war in ihrer Eigeneinschätzung „kein Ausdruck eines Linksrucks in der Gesellschaft“, sondern entsprang „einer ‚günstigen Gelegenheitsstruktur‘.“ Diese bestand zum einen aus den Stichworten „Agenda 2010“ und „Hartz IV“, die „von großen Teilen der Bevölkerung als Abschied der regierenden Sozialdemokratie von ihrer traditionellen Rolle als ‚Schutzmacht der kleinen Leute‘ wahrgenommen“

wurde, und zum anderen aus dem „organisatorischen Gerüst“ von PDS und WASG für einen erfolgreichen Wahlkampf. „Keine noch so kluge Strategie der PDS oder der WASG hätte diese Gesamtkonstellation herbeiführen können“, so der Bundesgeschäftsführer der Partei „Die Linke“ Dietmar Bartsch.¹⁵ Immerhin haben sie die günstigen Konstellationen richtig erkannt und ihre Chance genutzt. Eine weitere Etappe des „Wiederaufstiegs“ lag hinter dem engen Führungskern, der seit 1990 die PDS führte: Gregor Gysi, Lothar Bisky, Dietmar Bartsch und André Brie. Sie hatten sich auch zum Ziel gesetzt, eine gesamtdeutsche Partei zu bilden. Jetzt galt es, die „Wende von links“ durchzusetzen. Sie begann erneut unter der bewährten Losung: „Veränderung beginnt mit Opposition“.

- 1| Zum Hintergrund vgl. Erler, Peter / Laude, Horst / Wilke, Manfred (Hrsg.): „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. – Berlin: Akademie-Verlag, 1994. – (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).
- 2| PDS: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz. – Berlin, 2003. – S. 3.
- 3| Ebd.
- 4| PDS: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, beschlossen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25.2.1990. In: PDS (Hrsg.): Dokumente, Standpunkte, Materialien. Auswahl Januar bis Mai 1990. – Berlin: Tastomat, 1990. – S. 3.
- 5| Die Linke.PDS: Zur Geschichte der Linkspartei.PDS. Ein kurzer Abriss. – http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/view_html?zid=28370&bs=1&n=4 [19.09.2008].
- 6| Brie, André: Thesen zu einer neuen Außenpolitik. In: Knabe, Hubertus (Hrsg.): Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes. – Reinbek/Hamburg: Rowohlt, 1989. – S. 245.
- 7| Vgl. Berliner Morgenpost vom 28.04.2008.
- 8| Vgl. ZDF: Politbarometer vom 11.07.2008. – www.politbarometer.zdf.de/ZDFde/inhalt/23/0,1872,5569623,00.html?dr=1 [19.09.2008]. Sonntagsfrage (bundesweit) von Infratest dimap im Auftrag des ARD-Deutschlandtrends vom 5. Juni 2008. – www.infratest-dimap.de.
- 9| Platzeck, Matthias: Sagt doch einfach „soziale Demokratie“ (26.07.2007). – <http://www.spd.de/menu/1720904/> [24.09.2008].
- 10| Vgl. Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90. – Bonn: Dietz, 2006. – (Willy-Brandt-Studien).
- 11| Vgl. WASG: Gründungsprogramm der WASG. – S. 2. – http://archiv.w-asg.de/uploads/media/gruendungsprogramm_20050531.pdf [19.09.2008].
- 12| Vgl. Dietzel, Horst / Hoffmann, Jana / Woop, Gerry: Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG. – Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2005. – S. 33.

- 13| Strohschneider, Tom: „Die SPD ist für uns nicht koalitionsfähig“. Linkspartei-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch über die Krise der Sozialdemokraten, die Chancen eines Mitte-Links-Bündnisses und die Debatten in seiner Partei. In: Freitag, 12/2008.
- 14| PDS: Programm 2003. – S. 2 ff.
- 15| Bartsch, Dietmar: Günstige Gelegenheiten zur Strategiebildung. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 21 (2008) 1, S. 61-64; hier S. 61.

POPULISMUS UND AUSSERPARLAMENTARISCHE BÜNDNISPOLITIK

DIE GRÜNDUNG DER GESAMTDEUTSCHEN PARTEI „DIE LINKE“

Nach dem Erfolg bei der Bundestagswahl 2005 ging es von nun an darum, „eine Partei links von der SPD dauerhaft im deutschen Parteienspektrum zu etablieren“.¹ Um dieses strategische Ziel zu erreichen, bedurfte es des Zusammenschlusses von PDS und WASG. Die Plattform für beide Gruppierungen war das Thema „soziale Gerechtigkeit“. Der Vereinigungsprozess der beiden Parteien sollte genutzt werden, um rasch die öffentliche Meinungsführerschaft bei den Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu erlangen.

Die Integration der WASG in die PDS war für sich genommen bereits ein Beispiel gelungener Bündnispolitik. Der Aufbau parteiübergreifender Personenbündnisse unter ihrer Führung gehörte für die PDS-Politiker an der Spitze zum taktischen Erbe der SED und der KPD/DKP. Die politische Aufgabe bestand darin, die Willensbildungsprozesse in der WASG so zu beeinflussen, dass die überschaubaren 11.600 Mitglieder auf Parteitag in ausreichender Zahl der Fusion zustimmten. Der erste Schritt war, dass unter dem neuen Parteinamen „Die Linke“ sich zunächst die Bundestagsfraktion formierte, die damit begrifflich die noch ausstehende Fusion vorweg-

nahm und bereits den Anspruch einer gesamtdeutschen Linken erhob. Diese Aufgabe koordinierte Bodo Ramelow für den Parteivorstand der PDS. Er ist ein ehemals hessischer Gewerkschaftssekretär, der sich in Thüringen der PDS anschloss und heute zur Parteispitze zählt.

Die WASG versammelte in ihren Reihen ein Spektrum des linken Lagers der alten Bundesrepublik. Neben den Gewerkschaftern hatte die WASG auch altbekannte Aktivisten des DKP-Flügels der Friedensbewegung wie den Hamburger Völkerrechtler Norman Paech in ihren Reihen. Er diente bereits in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss Anfang der 1980er Jahre dem kommunistischen Spektrum als einer ihrer Wortführer, vor allem in dem von der DKP gelenkten „Krefelder Appell“. Hinzu kommen sozialistische Wirtschaftswissenschaftler wie Herbert Schui und Axel Troost von der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“.

Mit Lafontaine verfügte die PDS nach vielen vergeblichen Anläufen endlich über eine auch in Westdeutschland wählerwirksame und populäre Persönlichkeit. Lafontaine sichert als Frontmann nicht nur die benötigte mediale Aufmerksamkeit. Es gelang ihm, mit dem ehemaligen SPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Ulrich Maurer, einen weiteren prominenten und politisch erfahrenen Sozialdemokraten zu gewinnen. Gemeinsam mit Maurer verleiht er der PDS im neuen Gewand auch das dringend benötigte demokratische Erscheinungsbild: Ihr Insiderwissen aus der langjährigen Zugehörigkeit zur Führung der deutschen Sozialdemokratie verschaffte schon der Linkspartei.PDS im Bundestagswahlkampf 2005 ganz neue Möglichkeiten in der Auseinandersetzung mit der SPD. Beide wirken wie ein Stachel in der offenen Wunde der Sozialdemokratie. Dennoch sollte eines – allen nach außen vorgetragenen glaubhaften Aversionen vor allem gegenüber Lafontaine zum Trotz – nicht übersehen werden: Lafontaine und auch Maurer könnten durch ihre nach wie vor bestehenden persönlichen Kontakte zum linken Flügel der SPD künftig auch als Brückenbauer zur Sozialdemokratie im Hinblick auf eine mögliche Kooperation zwischen beiden Parteien in Erscheinung treten. Möglich ist in diesem Zusammenhang auch, dass Lafontaine von einer Vision beseelt ist, eines Tages als Schöpfer einer geeinten deutschen Linken aus Linkspartei und SPD in die Geschichte einzugehen und damit endgültig die Spaltung der SPD im Ersten Weltkrieg hundert Jahre später zu überwinden.

Aktuell geht es aber zunächst um die Frage, welchen Ausweg aus der großen Koalition „Die Linke“ der SPD zeigen kann. Nicht von ungefähr stellte die PDS in ihrem Streit mit den Fusionsgegnern in der WASG eindeutig klar, Opposition und Regierungspartei sind für sie keine Gegensätze. Die Partei „Die Linke“ soll künftig Regierungsverantwortung anstreben – und diesem Kurs folgte die Mehrheit der WASG.

Am 16. Juni 2007, siebzehn Jahre nach der deutschen Einheit, gab es mit der Fusion von PDS und WASG eine gesamtdeutsche Partei für die Sozialisten in Deutschland. Gestützt auf ihre politische Rolle im Osten schickte sie sich nun an, um Regierungsbeteiligungen in den westdeutschen Ländern zu erringen. Ort des für die PDS historischen Gründungsparteitags war Berlin. Die Chance hierzu eröffnete ihnen die rot-grüne Bundesregierung, wie es Lothar Bisky formulierte: „Doch die eigentliche Gründungsgeschichte der neuen LINKEN ist ein geschichtlicher Wimpernschlag. Sie beginnt 1998, als eine schwarz-gelbe Regierung der verblühenden Landschaften endlich abgewählt wurde. Unsere Gründungsgeschichte beginnt damit, dass eine rot-grüne Bundesregierung systematisch historische Traditionslinien ins Abseits drängte.“²

Die „Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ gelten als das Gründungsdokument der Linken. Sie halten an dem Ziel der PDS, das gegenwärtige Gesellschaftssystem zu überwinden, fest: „Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx).“³

In der Tagespolitik tut die Linkspartei zunächst nicht viel mehr, als Zukunftsängste in der bundesrepublikanischen Bevölkerung vor sozialem Abstieg und drohender Verarmung aufzugreifen und dem weitverbreiteten Gefühl unter den Bundesbürgern, in einer zunehmend ungerechter werdenden Gesellschaft zu leben, eine politische Stimme zu geben. Dafür genügen einfache Worte mit starker Wirkung, die bewusst auf Ängste und die gefühlte Ungerechtigkeit zielen. Ihre Botschaften reduzierte die Partei auf Aussagen wie „Weg mit Hartz IV“, „Keine Milliardengeschenke an Unternehmer“ oder „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ und popularisierte ihre Parolen mit bundesweiten Kampagnen. Damit befördert sie die Leitworte ihrer populistischen Strategien: soziale Gerechtigkeit kontra Raffgier der Reichen und Frieden statt Einsätze der Bundeswehr außerhalb Deutschlands. Sie benennt auch die Verantwortlichen für soziale

Unsicherheit und Gefährdung des Friedens: Da ist zum einen die von den Finanzkonzernen vorangetriebene Globalisierung und die Ideologie des „Neoliberalismus“, die in der großen Koalition vorherrsche und zum anderen die Weltmachtspolitik der Vereinigten Staaten, die mit ihren Kriegen als Reaktion auf den islamistischen Terrorismus diesen erst stabilisiert habe und ihm immer mehr Anhänger zuführe. Die Bekämpfung des Terrorismus wird somit zu seiner Ursache verkehrt.

Über diese Leitbilder, durch die zugleich Feindbilder formuliert werden, versucht die Partei die Wahrnehmung der Welt in unserer Gesellschaft zu verändern. Die populistische Strategie bleibt nicht ohne Wirkung, zumal ihr selten widersprochen wird. In den elektronischen Medien werden diese Leitbilder gesendet, aber nicht hinterfragt. Somit gewinnen sie den Status der Beschreibung von Wirklichkeit und werden nicht mehr als deren Verzerrung wahrgenommen. So ist „Die Linke“ innerhalb kürzester Zeit medial zur Partei der Arbeitslosen, Arbeiter und Gewerkschafter geworden, zur Partei der alten sozialen Bewegung. Praktikable Antworten brauchte sie keine anzubieten, denn der Wähler erwartete von ihr nur den Protest, aber keine Lösungen. Das deckt sich auch mit den Ergebnissen von Meinungsumfragen. So ermittelte Infratest dimap Ende 2007, dass 73 Prozent der Bundesbürger der Ansicht sind, die Partei löse zwar keine Probleme, sie nenne aber die Dinge wenigstens beim Namen.⁴

DIE GESCHICHTE DER SED-DIKTATUR UND DIE IDENTITÄT DER PARTEI

Ende 1989 schien das Schicksal der herrschenden Partei in der DDR, der SED, besiegelt zu sein. Aus der DDR-Verfassung wurde der Artikel 1, der die „führende Rolle“ der SED in ihrem Staat DDR zementierte, gestrichen. Es schien nur noch eine Frage der Zeit, bis die SED auf dem so oft schon bemühten „Müllhaufen der Geschichte“ landen würde. Doch auf ihrem letzten Parteitag am 8. und 9. sowie am 16. und 17. Dezember 1989 in Berlin lehnten ihre Funktionäre eine Auflösung der Einheitspartei ab. Stattdessen entschlossen sie sich für eine „Erneuerung“ der Partei. „Auflösung und Neugründung wären von vielen Menschen und von den meisten Medien als Etikettenschwindel und Flucht vor der Vergangenheit denunziert worden“, so ihre Rechtfertigung. Die „Mehrheit der Mitglieder“ habe aus diesem Grunde „bewusst die schwere Aufgabe [übernommen], sich gründlich mit der Geschichte der DDR und der SED auseinander zu setzen“.⁵ Der Bruch mit dem totalitären Machtanspruch in Form der Ab-

grenzung vom „Stalinismus“ wurde zur Begründung für den sozialistischen Neuanfang der Partei. Die Verantwortung für den ökonomischen Niedergang, den Verfall der Städte, die ökologische Katastrophe und letztlich den Staatsbankrott der DDR wurde personalisiert und die Mitglieder des SED-Politbüros, angefangen von Erich Honecker bis zu Erich Mielke, wurden aus der Partei ausgeschlossen und unter Anklage der Korruption gestellt. Gegenüber den Bürgern der DDR entschuldigte sich der Parteitag 1989 für die Misere, die die SED hinterlassen hatte.

Die Kommunistische Partei hat ihren Machtanspruch immer mit der Gesetzmäßigkeit der Geschichte begründet. Dieses Geschichtsverständnis wird in der Partei „Die Linke“ tradiert: „Anspruch linker, emanzipatorischer Politik ist es immer, aus der Vergangenheit, aus der eigenen Geschichte Schlussfolgerungen für Gegenwart und Zukunft zu ziehen, aus Erfolgen wie aus den Niederlagen“, heißt es in der Selbstdarstellung der Linkspartei. „Die Linke“ beansprucht aber auch für sich den „Mythos Achtundsechzig“ mit allen Erfolgen, Niederlagen und Fehlern des linken Aufbruchs in Westdeutschland. Gleichzeitig sieht sie sich durch die „mehrheitliche Wende der SPD zu einer neoliberalen, unsozialdemokratischen Politik“ unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder geprägt, „die es zu verarbeiten gilt, aus der zu lernen ist“. ⁶ Dieses Geschichtsverständnis unterscheidet „Die Linke“ sehr deutlich von den anderen demokratischen Parteien.

Im Mittelpunkt der Vergangenheitsdebatte der PDS stand die Frage nach der Legitimation der DDR als deutscher Teilstaat nach 1945, sie ist auch heute in der Partei „Die Linke“ nicht abgeschlossen. Hierzu hat die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in ihrem Abschlussbericht ein von allen demokratischen Parteien durch Zustimmung bestätigtes Urteil festgehalten: „Wesentliche Grundlage der über vierzigjährigen SED-Diktatur war der totalitäre Machtanspruch der sowjetischen und deutschen Kommunisten.“ ⁷ Die DDR war eine Schöpfung der sowjetischen Besatzungspolitik und damit im verfassungsrechtlichen Verständnis der Bundesrepublik ein illegitimer diktatorischer Teilstaat. Die Väter des Grundgesetzes haben dies 1949 in der Präambel bereits festgehalten, durch ihr Ende 1990 fand dieses Urteil nachhaltige Bestätigung. Demgegenüber verteidigt die PDS bzw. „Die Linke“ bis heute die DDR als ein legitimes sozialistisches Experiment auf dem Weg in eine bessere Welt. So heißt es in ihrem Parteiprogramm von 2003: „Die Gründung der Deutschen Demokratischen

Republik war der legitime Versuch, nach dem alliierten Sieg über Nazi-Deutschland ein Wiedererstarken sozialer Antriebskräfte des Nationalsozialismus zu verhindern – Stichworte hierfür sind die Bodenreform und die Zerschlagung des Großkapitals – und einen sozialistischen Staat auf deutschem Boden aufzubauen.“ ⁸ Entlang dieser Linie laufen die Konflikte zwischen der Partei „Die Linke“ und den demokratischen Parteien. Frühzeitig wollte sie deshalb für einen „Entwicklungsgang der Bundesrepublik, der das Positive der ehemaligen BRD wie der DDR aufnimmt“, kämpfen. ⁹

„Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus“, heißt es in den „Programmatischen Eckpunkten“ der Partei „Die Linke“. ¹⁰ „Der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System gehört zum Gründungsverständnis der Partei DIE LINKE“, ¹¹ verkündete ihr Bundesvorstand in einer seiner Erklärungen. Viel interessanter ist aber, was diese Erklärung nicht aussagt: Sie enthält weder eine Distanzierung vom Marxismus noch vom Leninismus oder ein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung. Damit steht sie symptomatisch für den Umgang der Linkspartei mit der Geschichte der DDR und des real existierenden Sozialismus. „Die Linke“ trennt sich von der Praxis oder genauer gesagt, die SED wurde 1989 von ihrem Staatsvolk dazu gezwungen, aber sie trennt sich nicht von der theoretischen Grundlage – dem realen Sozialismus. Anders formuliert: Sie kritisiert zwar die praktische Umsetzung dieses Menschenexperiments, versucht aber, dessen Theorie schadfrei zu halten, um auf ihr bei einem zweiten Anlauf aufbauen zu können.

Der Aufruf zur Gründung einer neuen Partei „Die Linke“ vom Juni 2006 unterstreicht diesen Zwiespalt: „Das Scheitern dieser Versuche, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, die Verbrechen des Stalinismus und das Unrecht der Einparteiendiktaturen entbinden ‚Die Linke‘ nicht von der Verantwortung, einen neuen Anlauf zu machen, um die Barbarei der kapitalistischen Gesellschaft zu überwinden. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. In einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft ist die Freiheit des Anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit.“ ¹² Der neue Name erlaubt es, eine sozialistische Union für Gesamtdeutschland zu bilden. Dadurch verschwindet vor allem die Herkunft der PDS aus der kommunistischen Diktaturpartei der DDR immer mehr im Dunkeln der Geschichte.

Dieser Logik folgend kann „Die Linke“ so auch behaupten, als „mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion [...] das größte Gegengewicht wegfiel, konnten sich die zerstörerischen Tendenzen des ungehemmten kapitalistischen Marktes immer mehr entfalten“.¹³ Eine überzeugende Trennung von der Diktaturpraxis in der DDR ist somit ausgeschlossen. Ihre Protagonisten wehren sich daher auch gegen einen Vergleich zwischen NS- und SED-Diktatur. „Dieser Art von Geschichtsrevisionismus müssen wir offensiv entgegentreten“, so der Bundesvorsitzende der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) und ehemalige PDS-Bundestagsabgeordnete Heinrich Fink, der bis 1989 inoffizieller Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) gewesen sein soll. Auch der Begriff „Nationalsozialismus“ wird aus diesem Grunde zugunsten des Begriffs „Faschismus“ gemieden, dient er doch aus dieser Perspektive nicht in erster Linie zur Charakterisierung des Hitler-Regimes, sondern „einzig der Delegitimierung des Sozialismus“.¹⁴ Selbst die Abkehr vom Stalinismus ist nicht allgemeiner Konsens in der Partei. Zwar sieht sich der Bundesvorstand in der „Tradition vieler Menschen, die unter Stalin gelitten haben und ermordet wurden“. Zugleich kann aber Sahra Wagenknecht, Vorstandsmitglied der Partei und Europaparlamentarierin, behaupten, die Politik Stalins habe „nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht während eines weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraumes“ bewirkt.¹⁵ Wagenknecht repräsentiert innerhalb der Linken die bundesweit rund 850 Mitglieder zählende „Kommunistische Plattform“ (KPF). Diese sieht sich innerhalb der Partei „Die Linke“ in der Tradition der kommunistischen deutschen Arbeiterbewegung und beansprucht für sich, die kommunistische Identität der Partei zu wahren. Die KPF spricht mit ihren ideologischen Vorstellungen vor allem die überalterte, in DDR-Nostalgie verhaftete Parteibasis im Osten an. Sie versteht sich als kommunistisches Korrektiv und versucht, Reformbestrebungen innerhalb der Partei, die sie als „Anpassung“ oder „Sozialdemokratisierung“ brandmarkt, entschieden entgegenzuwirken. Die Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts ist wesentliches Anliegen der KPF, zugleich bildet sie die innerparteiliche Brücke in der Linkspartei zur DKP.

Welchen Rückhalt Sahra Wagenknecht aufgrund ihrer totalitären Grundeinstellung in der Partei hat, verdeutlicht die Auseinandersetzung um die Neuwahl des Parteivorstandes auf dem 1. Parteitag der Partei „Die Linke“ im Mai 2008 in Cottbus. In einem offenen Brief warben mit Heinrich Fink,

dem ehemaligen stellvertretenden Kulturminister der DDR Klaus Höpcke, der einstigen DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft und dem Honecker-Anwalt Friedrich Wolff gleich vier alte SED-Kader dafür, dass Wagenknecht ihrer „marxistischen Grundüberzeugungen“ wegen stellvertretende Parteivorsitzende der Partei „Die Linke“ wird. Auch Lafontaine soll nach Angaben des Spiegels ihre Kandidatur zum Entsetzen der Pragmatiker innerhalb der Partei mitgetragen haben.¹⁶ Erst als der innerparteiliche Druck zu groß wurde, zog sie ihre Kandidatur kurz vor dem Parteitag der Linken zurück. „Meine mögliche Kandidatur wurde von einigen als ‚Kriegserklärung‘ bezeichnet, die die Partei in eine ‚Zerreißprobe‘ treiben würde [...]. Das ist für mich kein demokratischer Umgang mit möglichen Kandidaturen“, so ihre Begründung.¹⁷

Die Debatte um diese Personalie verdeutlicht die gegensätzlichen Positionen zum Stalinismus in der Partei. Sie zeigt aber auch, dass „Die Linke“ heute keine durchgängig totalitäre Partei mehr ist. Ihr Vorgehen spiegelt aber noch immer die alte Parteischulung Moskauer Prägung wider. So wird die Vorstellungswelt der SED auch heute noch in die alltägliche Praxis transformiert. Wie die alte SED so will auch „Die Linke“ durch Sprache führen. Sie besetzt Schlüsselwörter und greift Forderungen von Bündnispartnern auf. Die daraus resultierende Meinungsdominanz soll gesellschaftliche Akzeptanz jenseits der eigenen Reihen erzeugen. Ein verbindliches ideologisches Glaubensbekenntnis wird dagegen nicht mehr verlangt. Ein „Wahrheitsmonopol“ wollte die PDS schon im Februar 1990 nicht mehr. Die Führung der Linkspartei weiß nur zu gut, dass dies gesellschaftlich nicht durchsetzbar ist. Allein schon der Versuch würde „Die Linke“ nicht zur Macht, sondern in ein Sektendasein führen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die mehrfache Umbenennung der SED zu verstehen. Dadurch, dass über die Jahre aus der SED zunächst die SED-PDS, dann die PDS, schließlich die Linkspartei bzw. Linkspartei.PDS und zu guter Letzt „Die Linke“ wurde, konnte die Partei ihre diktatorische Vergangenheit mehr und mehr verschleiern, um den Blick nach vorn auf einen neuen Anlauf zum Sozialismus zu richten. Für das Geschichtsbild der Deutschen sind die Folgen bereits spürbar.

Terror und Unterdrückung als immanenter Bestandteil des realen Sozialismus sollen dadurch immer mehr im Dunkeln der Geschichte verschwinden. Hier zählt sich die unterschiedliche Bewertung von Nationalsozialismus und Kommunismus durch die demokratischen Parteien und die Öff-

fentlichkeit für „Die Linke“ aus: Der Kommunismus wurde im Gegensatz zum Nationalsozialismus nicht als verbrecherische totalitäre Ideologie und Bewegung stigmatisiert, wie das vor allem in Polen und den baltischen Staaten als Grundlage für einen europäischen antitotalitären Konsens in der Europäischen Union immer stärker gefordert wird.

Der Umgang der Partei „Die Linke“ mit der eigenen Geschichte ist gekennzeichnet durch einen „double speak“. Theorie und Praxis klaffen weit auseinander. So lehnt „Die Linke“ in ihren „Programmatischen Eckpunkten“ „jede Form von Diktatur ab“. Sie stellt sich in die „Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter“ und verurteilt den Stalinismus als „verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus“. ¹⁸ Demoskopische Befunde wecken Hoffnungen auf Erfolge dieses „double speak“: Nach einer Allensbach-Studie findet 2007 fast jeder zweite Deutsche, Sozialismus und Demokratie würden zusammenpassen. Das Sehnsuchtsbild „Sozialismus“ hat das Ende der kommunistischen Diktaturen überstanden.

Ein eindrucksvoller Beleg für diese Taktik ist die Koalitionsvereinbarung zwischen der Berliner SPD und der PDS aus dem Jahre 2001. Darin nennt sie die Berliner Mauer sogar ein „Symbol von Totalitarismus und Menschenverachtung“. Es gehört zu den Besonderheiten der Politik in Berlin, dass ausgerechnet der der PDS angehörende frühere Kultursenator Thomas Flierl 2005 das erste Konzept eines Berliner Senats zur Gedenkstätte Berliner Mauer vorlegte. Unabhängig von solchen Schritten weigert sich „Die Linke“ als Gesamtpartei jedoch bis heute, den Kommunismus eindeutig und unmissverständlich zu verurteilen. Weiterhin versucht sie, DDR und Bundesrepublik und somit Diktatur und Demokratie gleichzusetzen und die Unterschiede zu verwischen, bzw. die Verantwortlichkeiten für Mauer und Grenzregime auf den Kalten Krieg und die ihn führenden Supermächte abzuwälzen.

Diese Ambivalenz wird auch beim Umgang mit dem Thema „Staatssicherheit“ deutlich. Einerseits reklamiert „Die Linke“ für sich, an „der Tätigkeit des nach innen gerichteten Spitzelwesens und Repressionsapparats des MfS gab es für die PDS nie etwas zu beschönigen“. ¹⁹ Andererseits behauptet sie, die „Berge, von denen Frau Birthler erzählt, [seien] eigentlich Harmlosigkeiten“. ²⁰ Offiziell gilt für „Die Linke“ beim Umgang mit ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit: „Wo eine solche Tätigkeit zunächst verschwiegen, dann aber bekannt wurde, folgt in der Regel der

Rücktritt von Amt und Mandat.“ ²¹ Demgegenüber steht die beachtliche Zahl von Abgeordneten der Linkspartei im Bund und in den Ländern, die früher als „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) für die Staatssicherheit tätig waren. Es sind die Biografien einiger in der Linkspartei, zu denen auch westdeutsche Mandatsträger wie Diether Dehm, langjähriges SPD-Mitglied und bis 1998 stellvertretender Bundesvorsitzender der PDS, zählen, die eine klare Verurteilung des Kommunismus verhindern. ²² Die Praxis bleibt doppelbödig, verbale Abgrenzung und Mandatsbesitz sind die Regel. So startete der Europaabgeordnete André Brie eine zweite Karriere, lange nach der Aufdeckung seiner Stasi-Tätigkeit, die er zuvor nicht angegeben hatte. ²³

Nach Recherchen der Tageszeitung *Die Welt* soll etwa jeder Zehnte der insgesamt 203 Abgeordneten der Partei „Die Linke“ im Bundestag und in den fünf Ostparlamenten belastet sein. Weil handgeschriebene Verpflichtungserklärungen vorliegen, ist bei den meisten belasteten Abgeordneten die Aktenlage unstrittig. In den Fällen, wo entsprechende Nachweise fehlen, leugnen die Betroffenen in aller Regel eine wissentliche Verbindung zum MfS. ²⁴

Alein im Deutschen Bundestag sollen sechs Abgeordnete der Partei „Die Linke“ sitzen, von denen es heißt, sie hätten eine große Nähe zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR gehabt. Seitdem sich der Immunitätsausschuss des Deutschen Bundestages Ende Mai 2008 erneut mit den Spitzelvorwürfen gegen Gregor Gysi befasst hat, wird auch er mit dem MfS in Verbindung gebracht. Unter dem Decknamen IM „Notar“ der Staatssicherheit soll Gysi u.a. über seine Gespräche mit dem DDR-Regimekritiker Robert Havemann berichtet haben. Auch Lothar Bisky steht unter dem Verdacht, beim MfS als IM „Bienert“ und IM „Klaus Heine“ registriert worden zu sein. Sowohl Gysi als auch Bisky bestreiten die Vorwürfe bis heute. Der Beweis einer IM-Tätigkeit Gysis aus den Unterlagen der Staatssicherheit konnte laut mehreren Entscheidungen des Landgerichts Hamburg und des Hanseatischen Oberlandesgerichts bislang nicht geführt werden. Im November 2006 stellte der Immunitätsausschuss des Bundestages eine IM-Tätigkeit des Abgeordneten Roland Claus als IM „Peter Arendt“ als erwiesen fest. Auch der behinderten- und tourismuspolitische Sprecher der Linksfraktion, Ilja Seifert, hat eine Stasi-Mitarbeit zugegeben. Mit Lutz Heilmann sitzt sogar erstmals ein hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS im deutschen Parlament. Von 1985 an war er für die Hauptabteilung Personenschutz tätig. ²⁵

Im brandenburgischen Landtag ist die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser als Zuträgerin der Staatssicherheit überführt, im thüringischen Landesparlament, wo eine MfS-Tätigkeit sanktioniert werden kann, weigern sich die Abgeordneten Ina Leukefeld (IM „Sonja“) und Frank Kuschel (IM „Fritz Kaiser“), die beide Ausreisewillige bespitzelt haben sollen, das Parlament zu verlassen. In Sachsen versucht der Landtag mit Hilfe einer Klage beim Verfassungsgericht dem Abgeordneten Volker Külöw (IM „Ostap“), der Angehörige der Leipziger Universität verraten haben soll, sein Mandat abzuerkennen. Margit Barth im Berliner Abgeordnetenhaus und Gudrun Tiedge (IM „Rosemarie“) im Landtag von Sachsen-Anhalt runden dieses Bild der IM-Verquickung von Abgeordneten der Linkspartei ab. Ohnehin scheint eine IM-Biografie kein Makel innerhalb der Partei zu sein. „Manche unserer Genossen empfinden es sogar als Auszeichnung, wenn man früher für die Stasi gearbeitet hat“, zitiert *Die Welt* einen ungenannt bleibenden sächsischen Landtagsabgeordneten.²⁶

Kritik an der DDR-Staatssicherheit kontert „Die Linke“ mit dem Verweis auf die Arbeitsweise von Geheimdiensten in Demokratien und will dadurch die Unterschiede zwischen einem rechtsstaatlich kontrollierten und dem eine Diktatur sichernden Geheimdienst verwischen. Die „generelle Skepsis gegenüber einer Vereinbarkeit von geheimdienstlicher Tätigkeit und demokratischer Transparenz und Kontrolle“ gehört für sie zu den Schlussfolgerungen aus der Auseinandersetzung mit den Staatssicherheitsdiensten der DDR.²⁷ Zugleich versucht sie den Eindruck zu erwecken, die Stasi habe in der SED-Diktatur wie ein Staat im Staate agiert, um sie so von der ihre Tätigkeit bestimmenden Partei zu trennen – eine These, die 1989 geboren wurde. Der frühere Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer hat berichtet, dass Anfang Dezember 1989 DDR-Ministerpräsident Hans Modrow im engsten Zirkel die Ansicht vertrat, um die Partei zu retten, werden Schuldige benötigt und diese Rolle war dem MfS zugeordnet.²⁸

Die grundsätzliche Haltung der PDS zur Aufarbeitung der MfS-Vergangenheit wurde in den Beratungen zum Stasi-Unterlagen-Gesetz 1991 kenntlich. Historisch war die PDS die Partei, die den Täterschutz politisch vertreten musste und dies auch tat. In der Stellungnahme zum Gesetz formulierte Gysi einen Negativkatalog, wie künftig mit diesen Akten umgegangen werden sollte. Der erste Punkt konzentrierte sich auf die Materialien, die als Beweismittel für Straftaten infrage kamen. Es sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, sie den Strafverfolgungsbehörden zu übergeben und sie danach gegebenenfalls zu vernichten. „Eine Übergabe

[...] an Dritte ist zu untersagen“.²⁹ Der zweite Punkt betraf die Eingrenzung des Auskunftsrechts und dieser Katalog gipfelte in der Forderung: „Ein Missbrauch der Akten des ehemaligen MfS muss unter Strafe gestellt werden.“³⁰ Die gewendete Partei der Diktatur hatte überhaupt kein Problem damit, den Täterschutz mit der Sicherung demokratischer Grundrechte zu begründen. Auf dieser Basis entwickelte die Partei ihre Strategie, das Aufklärungsbedürfnis von betroffenen Opfern oder der Öffentlichkeit durch die systematische Nutzung der Justiz zu konterkarieren. Die PDS hatte genau den archimedischen Punkt in der Bundesrepublik erkannt, von dem aus mit Prozessen der Schutz der willigen Helfer und verantwortlichen Täter des MfS vor strafrechtlicher Verfolgung betrieben werden konnte. Dieser Weg war elegant, zielte auf das Unverständnis der liberalen Öffentlichkeit für die Mechanismen der SED-Diktatur und verbannte die historischen Debatten um die DDR-Geheimpolizei in die Gerichtssäle. Nun ging es nicht mehr um die historische Wahrheit über die Diktatur, sondern um die Beweislage für individuelle Verstrickung. In dieser Hinsicht hatte in vielen Fällen die Aktenvernichtung von 1989/90 Vorsorge getroffen. Auch ungeschminkte DDR-Verklärung ist unter den Mandatsträgern zu finden. So kann der Landesvorsitzende der Partei „Die Linke“ von Niedersachsen, Diether Dehm, der als IM „Willy“ und IM „Dieter“ für das MfS aktiv gewesen sein soll, schwärmen: „Die DDR hätte nicht untergehen dürfen, weil das ein Zipfel Welt war, in dem die Deutsche Bank nicht herrschte.“³¹

Allgemein bleibt festzuhalten, nicht die Opfer der SED-Diktatur, sondern die Täter und Profiteure des SED-Regimes bestimmten die Geschichtsdebatte in der PDS. In der Partei „Die Linke“ wird sie nun fortgeführt und mit der Geschichte der Linken der Bundesrepublik verwoben. Die PDS verstand sich als Ansprechpartner sowie als politischer und parlamentarischer Interessenvertreter der Dienstklasse der DDR und diese Tradition setzt „Die Linke“ fort. Immer wieder kam und kommt es so zu parlamentarischen Initiativen dieser Partei für die früheren Repräsentanten des Macht- und Herrschaftsapparates der DDR. 1998 forderte beispielsweise die Berliner Juristin und damalige rechtspolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Evelyn Kenzler, eine Amnestie und Haftentschädigung für verurteilte Kommandeure der DDR-Grenztruppen und für ehemalige Mitarbeiter des MfS. Nur am Widerstand der drei Oppositionsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Berliner Abgeordnetenhaus scheiterte im April 2007 der Vorschlag der PDS, sie zu einer Richterin am Berliner Verfassungsgerichtshof zu ernennen.

Auch die innenpolitische Sprecherin der Partei „Die Linke“, die aus den K-Gruppen kommende, in den 1990er Jahren von den Grünen zur PDS gestoßene Ulla Jelpke brauchte keine Schwierigkeiten zu befürchten, als sie im Juni 2006 an einem Treffen von ehemaligen Stasi-Offizieren in Strausberg teilnahm und diesen versprach, sich für ihre Anliegen einzusetzen. Von ihrer Partei unwidersprochen wandte sie sich gegen die „politische und juristische Stigmatisierung“ von Stasi-Offizieren. Zugleich erteilt sie ihrem Handeln im Nachhinein die Absolution, wenn sie mit dem Vokabular der SED behauptet, dass die „Kundschaftertätigkeit der DDR dazu [diente], die Nazi-Connections der BRD-Politik aufzudecken – aus meiner Sicht ein immer noch verdienstvolles Unterfangen, das den Kundschaftern bis heute den Hass der Bundesregierung und ihrer Dienste sichert“.³²

Unter Berührungängsten mit den früheren Repräsentanten des SED-Regimes hatte „Die Linke“ nie gelitten. Bereits Anfang der 1990er Jahre empfing der damalige PDS-Vorsitzende Bisky den früheren Oberbefehlshaber der DDR-Grenztruppen, Klaus-Dieter Baumgarten, auf dem Parteitag der PDS in Potsdam und umarmte ihn unter dem donnernden Applaus seiner Parteigenossen.

Alljährlich marschiert(e) ihre Parteiführung seit an seit mit ehemals Mächtigen der DDR am Gedenktag für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Friedhof der Sozialisten in Berlin Friedrichsfelde. „Die Linke“ hatte deshalb auch keine Schwierigkeiten, Markus Wolf nach seinem Tode im November 2006 ausschließlich als „Kämpfer gegen das Nazi-Regime, Chef der Aufklärung der Staatssicherheit“ zu würdigen, ohne dessen Mitverantwortung für schwerste Menschenrechtsverletzungen auch nur zu erwähnen.³³ Seine Legenden über die Tätigkeit „seiner“ Hauptverwaltung Aufklärung und die Spionage in der Bundesrepublik gehören zur historischen Literatur der Partei. Die von der Linkspartei gestellte Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau erklärte ihn in einer Traueranzeige im „Neuen Deutschland“ zu einem „Freund und Genossen, einen streitbaren Kämpfer, der aufrecht durch sein Leben ging“.³⁴

Um die Verfolgung Andersdenkender durch die SED zu relativieren, werden argumentativ die „Ermittlungsverfahren, Anklagen und Verurteilungen der politischen Justiz der Bundesrepublik Deutschland gegen Kommunisten“ ins Feld geführt. Dieser „Verfolgungseifer gegen Kommunisten“ führte angeblich zu 125.000 Beschuldigten und 6.000 bis 7.000

Verurteilten. Sie seien die „wahren Opfer des kalten Krieges in der BRD“, so Hans Modrow und Klaus Höpke in einem Beitrag der *Jungen Welt*.³⁵ Auch im Alltag zeigt sich der unproblematische Umgang zwischen Vertretern der Partei „Die Linke“ und den Tätern der SED-Diktatur. So hielt es die von der Linkspartei gestellte Bürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg, Christina Emmrich, trotz massiver Kritik nicht für nötig, sich vom geplanten Auftritt des letzten DDR-Spionagechefs und Stellvertreters von Erich Mielke, Werner Großmann, auf einem Stadtteilstreffen in ihrem Bezirk zu distanzieren. Zusammen mit sechs weiteren Autoren, darunter der einstige Chefsprecher der „Aktuellen Kamera“ des DDR-Fernsehens, Klaus Feldmann, sollte Großmann bei einem Autorenbasar aus seinen Memoiren lesen. Dieselbe Bürgermeisterin war bereits im Frühjahr 2006 in die Schlagzeilen geraten, als sie mit dem ehemaligen Kultursenator Thomas Flierl (PDS) bei einer öffentlichen Veranstaltung in der Gedenkstätte Hohenschönhausen dabei zusah, wie frühere Stasi-Offiziere, angeführt von eben jenem Werner Großmann, ihre Opfer verhöhnten.³⁶ In ihrer früheren Funktion als Kulturstadträtin ließ sie die „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“ (GBM), einer Interessenvertretung ehemaliger DDR-Funktionäre und Mitarbeiter der Staatssicherheit, seit 1992 in einer Bezirksbibliothek im Ortsteil Friedrichsfelde eine Rentenberatung abhalten. Die GBM durfte für diese Vorhaben auf der Internetseite der Lichtenberger Bibliotheken werben und Werbebroschüren im Rathaus auslegen.³⁷

Dass die Kooperation mit Interessenvertretern der früheren DDR-Nomenklatur kein Einzelfall ist, belegt ein Blick nach Brandenburg. In Cottbus kommt es schon seit längerem zu Treffen zwischen Mitgliedern der Partei „Die Linke“ und der „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der DDR“, kurz Isor genannt. Der Landeschef der Partei „Die Linke“, Thomas Nord, will diese Zusammenkünfte von ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit, der Volkspolizei, des DDR-Zolls und der Nationalen Volksarmee (NVA) in der Geschäftsstelle seiner Partei auch weiterhin durchführen. „Ich gehe davon aus, dass unsere Leute mit dem Verein kritisch diskutieren“, so seine lapidare Antwort gegenüber der *Berliner Morgenpost*.³⁸ Auch die Äußerungen anderer Politiker der Partei „Die Linke“ zeugen von einem fehlenden Problembewusstsein bei der Auseinandersetzung mit der eigenen SED-Vergangenheit der Partei. So findet beispielsweise die Stadtverordnete der Linkspartei von Forst, Doris Dreßler, an den Isor-Treffen nichts Anrüchiges. „Wenn Menschen die Geschäftsstelle als Treffpunkt nutzen, wen stört

das eigentlich?“, fragt die 48-Jährige. Sebastian Ruschel, Mitbegründer der linken Jugendorganisation „solid“, empfindet diese Treffen „nicht als Problem, sondern vielmehr als eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“.39

Durch diesen Umgang der Linkspartei mit der SED-Diktatur und somit mit ihrer eigenen Vergangenheit trägt sie in nicht unerheblichem Maße zu einem Klima bei, in dem die Täter von gestern es wieder wagen, ihr Geschichtsbild öffentlich vorzutragen. Ein Blick in die Bücherregale belegt, dass jeder mit Rang und Namen aus der Nomenklatur der SED in den letzten Jahren versucht hat, in kaum noch überschaubarer Zahl mit seinen Memoiren, Erlebnisberichten, Rechtfertigungsschriften, politischen Pamphleten oder seriös aufgemachten Sachbüchern Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Die Zeiten der Irritationen sind vorbei. Die alten Kader „sagen in trotzig-provokanter Manier Ja zu ihrer Vergangenheit und haben partout nichts zu bereuen“, wie der Journalist Karl Wilhelm Fricke, eines ihrer Opfer, feststellt.40 Ihr Ziel ist es, das Unrecht, das der SED und ihrer Staatssicherheit anzulasten ist, aus dem kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft zu verdrängen. So wie in der Gedenkstätte Hohenschönhausen geschehen, haben sie heute keine Probleme, ihre früheren Opfer öffentlich zu verhöhnen und zu demütigen. Oft allein gelassen in ihrem Kampf um die Wahrheit über eine Diktatur kommt bei vielen traumatisierten Opfern die alte Angst hoch: Kommen die zurück, haben wir 1989 verspielt? Allein die Tatsache, dass diese Menschen erneut Angst haben müssen vor der Rückkehr der Vergangenheit, sollte für alle Demokraten ein Alarmsignal sein.

„Die Linke“ ist im Gegensatz zur SED keine einheitliche Partei mehr. Gegen den nie vollzogenen Bruch mit der totalitären Vergangenheit und den Populismus rührt sich auch innerparteilicher Widerspruch. Austritte aus der Partei wie der von Christine Ostrowski aus der Dresdner Stadtratsfraktion oder der Rückzug von Katina Schubert aus dem Führungsgremium der Bundespartei verdeutlichen dies. Ostrowski hält die „Methoden zur Durchsetzung politischer Auffassungen für verwerflich, wie sie insbesondere vom Führungspersonal der Partei DIE LINKE in Dresden als legitim angesehen und praktiziert werden. Dazu zählen Lügen, Halbwahrheiten, Diffamierungen, persönliche Beleidigungen, erpresserischer Druck u.a.m“.41 Die ehemalige Vizechefin der Linkspartei, Katina Schubert, beklagt, es genüge „auf Dauer einfach nicht, populäre Forderungen zu propagieren, jedoch wenig konkrete Politikangebote zu unterbreiten“.

Sie fordert, „Die Linke“ dürfe „keine reine Neinsager-Partei sein“ und bedauert, dass der „Stellenwert von individuellen Menschen- und Freiheitsrechten [...] zweitrangig“ geworden sei. Zugleich moniert sie, dass ein „autoritärer Stil [...], der einschüchtert,“ Einzug bei den Linken gehalten habe und versucht wurde, sie „von öffentlichen Äußerungen, von Interviews abzuhalten“.42

Bereits Anfang 2003 ist die frühere Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der PDS Angela Marquardt aus ihrer Partei ausgetreten. Ihre Kritik an der PDS begann „bei der fehlenden Erneuerungsfähigkeit und hörte bei nationalistischen Tönen auf“, wie sie rückblickend bekannte. Eine „ehrliche und umfassende Vergangenheitsbewältigung“ gab es in der PDS ihrer Meinung nach nicht. Vielmehr wurden „Leuten wie mir [...] die Schuld daran gegeben“, dass die Partei 2002 nicht mehr in den Bundestag einziehen konnte, weil sie „nicht genügend auf die ehemaligen NVA-Soldaten zugegangen“ sei.43

Auch der Partei „Die Linke“ wirft sie „nationalistische und fremdenfeindliche Positionen“ vor. Dort sieht sie statt eines klaren Kurses „nur Populismus“.44 Der „Kampf um Positionen wird in der Partei weder offen noch demokratisch geführt“, so ihr Fazit. Ein entscheidender Grund, warum sie im März 2008 in die SPD eingetreten ist.45

Der Umgang der Partei „Die Linke“ mit der eigenen Geschichte ist auch gegenwärtig noch immer ebenso ambivalent wie ihr Verhältnis zu autoritären bzw. diktatorischen Regimen und in der Frage der Menschenrechte – und wird es wohl auch immer bleiben. Unter dem Druck der äußeren Umstände war 1989 zwar der totalitäre Machtwille der SED zerbrochen. Ihre Nachfolgepartei, die PDS, musste sich um des eigenen Überlebens willen unter dem Druck der Ereignisse in eine formell pluralistische Strömungspartei wandeln. Dominiert von früheren Funktionären und Mitgliedern der ehemaligen Staatspartei der DDR galt und gilt es bis heute, diese Klientel in die Partei zu integrieren. Totalitäre Strömungen wie die stalinistische „Kommunistische Plattform“ oder die Arbeitsgemeinschaft „Cuba sí“ werden daher nicht nur geduldet, sondern auch gewollt, um deren Klientel an „Die Linke“ auch langfristig zu binden. Der sich daraus ergebende Konflikt zwischen „vernünftigen“ Reformern und den „unbelehrbaren“ Dogmatikern ist zum Teil eine Inszenierung. Die Parteikonzeption der PDS bzw. der Partei „Die Linke“ als sozialistische Sammlungsbewegung integriert diese Vielfalt. Brie, Jelpke, Wagenknecht und all die

anderen repräsentieren letztlich nur innerparteilich verschiedene Strömungen, deren Streben nach Macht sie zur Zusammenarbeit zwingt. Nur eine nach außen geschlossene Partei hat bei Wahlen eine Chance – und diesen Grundsatz befolgt die PDS seit 1990.

Die öffentliche Wahrnehmung der Pluralität in der PDS führte zu einer steigenden Akzeptanz. Als eine im Grundsatz demokratische Partei wird „Die Linke“ von vielen ihrer Wähler und Sympathisanten wahrgenommen. Sie gilt heute als eine „neue Partei“, für die die DDR-Vergangenheit kein Vorbild mehr ist.⁴⁶ Der Partei ist es gelungen, spätestens seitdem Oskar Lafontaine sie repräsentiert, im Parteiensystem als Partei wie jede andere wahrgenommen zu werden. 54 Prozent der Bundesbürger meinten bereits im September 2000: „Die Linke ist eine demokratische Partei wie jede andere.“⁴⁷

Totalitäre Strömungen wie die „Kommunistische Plattform“ innerhalb der Partei befinden sich weiter im Wartestand. Um die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Linkspartei zu befriedigen und weiter an die Partei zu binden, muss sie immer wieder den Spagat zwischen der Vergangenheit und der heutigen Realpolitik wagen.

DURCH POPULISMUS ZUR MACHT – DAS STRATEGIEPAPIER VON DIETMAR BARTSCH

Die erste Kampagne nach der Fusion, die von der Bundestagsfraktion eröffnet wurde, war die Mindestlohnkampagne. Sie war ein durchschlagender Erfolg für die Partei der „sozialen Gerechtigkeit“ mit nachhaltigen Auswirkungen in der deutschen Politik. Sie führte zur „Aktionseinheit mit den Gewerkschaften“ und zwang die SPD zur Kursänderung. Die Mindestlohnkampagne wurde und wird in allen Landesverbänden, auch auf der Ebene von Kreisen und Städten, durchgeführt. Primär dient sie dazu, einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens acht Euro durchzusetzen. Darüber hinaus diente sie explizit der „Unterstützung der Gewerkschaften, [...] der Mobilisierung von weiteren Unterstützer/innen für das Anliegen“ und dem Ziel „eine gesellschaftliche Mehrheit für unsere Forderungen zu erreichen“.⁴⁸

Die „gesellschaftliche Mehrheit“ für den Mindestlohn wächst. Nach diesem Erfolg zog der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch Bilanz und entwickelte in einem Strategiepapier die nächsten Aufgaben der Partei.

Dieses Papier erlaubt einen Blick auf das weitere Vorgehen der Partei „Die Linke“ mit Blick auf den Bundestagswahlkampf 2009.

Die Fusion von Linkspartei.PDS und WASG war nur der Anfang eines Weges. Vordringlich ist aus der Sicht von Bartsch der Aufbau „lebendiger, arbeitsfähiger Parteistrukturen insbesondere in den westdeutschen Bundesländern“. Die Programmdebatte als „zweite Baustelle“ der Partei ist unerledigt, aber notwendig, um „aus der ‚Gelegenheitspartei‘ eine politisch konturierte und im Alltagsleben verankerte Mitgliederpartei zu machen“. Über einen gestärkten Wiedereinzug in den nächsten Bundestag, mit dem das „strategische Ziel, links von der SPD eine demokratisch-sozialistisch orientierte Partei zu etablieren, als erreicht betrachtet werden“ könnte, „dränge sich noch mehr die Aufgabe in den Vordergrund, eine Verschiebung der politischen Achse nach links durchzusetzen, nicht nur als Katalysator, sondern als Akteur für eine andere, sozial gerechte Politik“.⁴⁹ Bartsch bringt damit das strategische Fernziel der Partei „Die Linke“ auf den Punkt: Es geht ihr um die Umwandlung Deutschlands in eine linke Republik unter ihrer politischen Führung. War „Die Linke“ nach ihrer eigenen Einschätzung „nicht die Ursache für den Wählerschwund“ der SPD, sondern „lediglich die politische Zuflucht für einen Teil ehemaliger sozialdemokratischer Wähler“, so könne sie sich gegenwärtig „im Parteienwettbewerb von der Stimme gegen soziale Ausgrenzung und Respektlosigkeit gegenüber der Arbeit, von der Anti-Hartz-IV-Partei, zur Repräsentantin eines größeren Teils der sozialstaatlich orientierten Arbeitnehmerinteressen“ wandeln.

Künftig kommt es für „Die Linke“ darauf an, „nicht nur als Korrektiv einer entsozialdemokratisierten SPD, sondern als eigenständige politische Kraft erkennbar zu werden“⁵⁰ und das „politische System zu massiven politischen Korrekturen zu zwingen“.⁵¹

Auf dem Weg dorthin hat „Die Linke“ es nicht einmal sonderlich schwer. Zutreffend hält Bartsch fest, „Die Linke“ sei „zum bundespolitischen strategischen Akteur geworden, weil die anderen Parteien den Kontakt zu einem größeren Teil der Wählerschaft verloren haben, weil sie gegen deren Interessen Politik entwickelten“. Dadurch sei es zum Bruch zwischen den demokratischen Parteien und „der arbeitenden Bevölkerung in den mittleren und unteren Etagen der sozialen Hierarchie“ gekommen. Im Gegensatz zu den anderen Parteien werde von der Partei „Die Linke“ „nicht mehr, aber eben auch nicht weniger erwartet, als auf die hierfür

politisch symbolträchtigen Bruchstellen immer wieder hinzuweisen: Mindestlohn, Rente mit 67, öffentliche Aufgaben usw.“⁵² Im Klartext bedeutet das: Die Wirkung und dynamische Kraft der Partei entwickelt sich allein aus der Benennung vorhandener gesellschaftlicher Probleme, die Menschen bedrücken. Sie greift diese auf und popularisiert sie, ohne – um es noch einmal zu betonen – Lösungsansätze zu definieren. Dennoch trifft sie damit den Nerv einer breiten Wählerschicht.

Genau darin liegt auch das Dilemma für die demokratischen Parteien. Während von ihnen konkrete Lösungsvorschläge für die anstehenden gesellschaftlichen Probleme erwartet werden, gilt dies für „Die Linke“ bestenfalls auf kommunaler Ebene oder in Berlin, wo sie mitregiert. Auf Bundesebene dagegen erhält sie vielmehr einen Freibrief für ihre populistischen Forderungen, ohne praktikable Lösungen anbieten zu müssen. So kann sie mit ihrem Populismus nahezu ungestört die anderen Parteien, allen voran die Sozialdemokratie, öffentlich vor sich hertreiben und innerhalb der SPD politische Richtungskämpfe auslösen. Ihre Rolle „als strategischer Akteur, der Politik treibt, kann DIE LINKE bis auf weiteres nur durch eigenes Verschulden verlieren“, hält Bartsch nicht zu unrecht fest.⁵³

Für die Zeit nach den nächsten Bundestagswahlen, wo „Die Linke“ „ein zweistelliges Ergebnis, 10% plus XXL“ anpeilt,⁵⁴ reicht diese Strategie der Problemskizzierung ohne Lösungsansätze allein aber nicht mehr aus. Nach dem Strategiepapier von Bartsch wird die „Gestaltung des öffentlichen Eigentums, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Güter [...] zu den zentralen Feldern zukünftiger politischer Auseinandersetzungen gehören“. Um auf diese Entwicklung angemessen reagieren zu können, hat die Partei „ein neues übergreifendes strategisches Projekt“ entwickelt, das es „erlaubt, unterschiedliche und in Grenzen auch gegensätzliche soziale Interessenlagen zu bündeln“. Zentral ist die „Wiederentdeckung des Öffentlichen gegen die ideologischen Allmachtsphantasien des Marktes und des profitorientierten Wettbewerbs“. Doch in Wirklichkeit handelt es sich bei diesen wohlklingenden Worten nur um alten Wein in neuen Schläuchen. Der von einer linken Koalition geführte omnipotente und omnipräsente Staat soll durch politische Entscheidungen Märkte regulieren, durch Steuergesetzgebung die Umverteilung zugunsten der sozial Schwachen voranbringen und die ökologische Politik nutzen, um Unternehmen politischen Entscheidungsprozessen zu unterwerfen. Die Partei setzt damit auf die Instrumente eines vergangenen Nationalstaates. „Soziale Integration, Chancengleichheit, soziale und politische Parti-

zipation brauchen den staatlichen Akteur und den öffentlichen Sektor als Barriere gegen das weitere Vordringen marktwirtschaftlicher Prinzipien in den Bereich des öffentlichen Lebens, gegen die ‚Verbetriebswirtschaftlichung‘ des sozialen und kulturellen Lebens.“⁵⁵

Um den „kleinen Mann“ vor Ausbeutung und Unterdrückung zu schützen, steht die „Unverkäuflichkeit unverzichtbarer öffentlicher Güter ganz oben auf der Agenda“, womit jeglicher Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ein Riegel vorgeschoben werden soll. Öffentliche Unternehmen wiederum sollen „einer demokratisch legitimierten Lenkung“ unterstellt werden.⁵⁶ Diese Formulierung umschreibt neben dem staatlichen Zugriff auch den gewerkschaftlichen Mitbestimmungsanspruch.

Neben dem weiteren Aufbau der Partei im Westen wird die Konsolidierung und Stärkung im Osten betrieben. Für „Die Linke“ ist es von „strategischer Bedeutung, Handlungsfelder zu identifizieren und politische Angebote zu entwickeln, die verschiedene Milieus von reinen Protestwählern über Mittelschichten, kritischen Intellektuellen und jungen Menschen ansprechen“. Um eine „Erweiterung ihrer tragenden Wähler- und Mitglieder-milieus“ zu erreichen, gilt es „sowohl direkt vom Sozialabbau betroffene, sowie Menschen, die fest im Beruf stehen oder gar zu den ‚Gewinnern‘ der Gesellschaft zählen, aber Interesse an einer gerechten Gesellschaft haben, gemeinsam anzusprechen“, wie es der von den Grünen kommende Bundestagsabgeordnete Jan Korte formulierte.⁵⁷ Diese sollen als „Multiplikatoren in die Gesellschaft hineinwirken“. Über die „Erschließung der Nicht-Wähler und tradierten Arbeiterschichten“ hinaus sollen auch „Migrantinnen und Migranten, Minderheiten und Subkultur Thema werden“ sowie „Wissenschaftler, Journalisten und Mittelschichten [...] in den urbanen Zentren [...] mit ihren prekären Beschäftigungsbiographien“ angesprochen werden und diesen Wählerschichten „konkret definierte inhaltlich-kulturelle Angebote“ unterbreitet werden.⁵⁸ Wie bei Bartsch konzentriert sich auch Jan Korte auf die Berufsgruppen, die im Kampf um die Deutungshoheit von besonderer Bedeutung sind.

Neben der „sozialen Frage, als Kernkompetenz,“ will „Die Linke“ auch „Fragen von Bürgerrechten und Demokratie in den Fokus ihrer Politik stellen“. Die „Frage der politischen Rechte, mithin der demokratischen Gesamtverfassung unserer Gesellschaft“ soll zu einem „Alleinstellungsmerkmal“ der Partei „Die Linke“ neben dem „Markenzeichen“ der sozialen Gerechtigkeit werden. An diesem Punkt kommt die Tradition der west-

deutschen Protestbewegungen zum Tragen. Indem „Die Linke“ auf „die Einheit von sozialen und politischen Rechten als Grundstein für eine linke und moderne Politik“ setzt, könnte sie so nach Kortess Überlegungen neue Bündnispartner gewinnen und „Motor und Teil einer neuen Bürgerrechtsbewegung in diesem Land und auf europäischer Ebene werden“.⁵⁹ Damit tritt „Die Linke“ nicht nur gezielt in Konkurrenz zu ihren unmittelbaren parteipolitischen Rivalen, den Grünen, sondern auch zur Rechtsstaatspartei FDP.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte und der populistischen Strategie der Linkspartei lässt keinen Zweifel daran, dass es ihr um eine grundsätzliche Veränderung in Deutschland geht. Sie will eine andere Republik und der sozialistische Systemwechsel bleibt das Ziel. Aus ihren strategischen Überlegungen, für die das Strategiepapier von Dietmar Bartsch von aktueller Bedeutung ist, wird deutlich, dass sie die Machtperspektive niemals aus den Augen verloren hat. Durch den Schock der friedlichen Revolution von 1989 und den Untergang der SED hat die von damals noch immer bestehende Führung gelernt, günstige Konstellationen zu nutzen und ihre Ziele Schritt für Schritt zu formulieren, ohne den neuen Anlauf zum Sozialismus aus den Augen zu verlieren.

Im Gegensatz zu den Grünen, mit denen ihr Aufstieg gerne verglichen wird, strebte die PDS von Anfang an nach der Rückgewinnung staatlicher Macht. „Wir müssen regieren wollen“, hatte Dietmar Bartsch schon vor einigen Jahren gefordert und hinzugefügt: „Wenn wir die Gesellschaft nach unseren Wertvorstellungen verändern wollen, müssen wir das in jeder parlamentarischen Konstellation ernsthaft betreiben.“⁶⁰ Es ist ihrem Anspruch als Avantgarde geschuldet, dass die Rolle der Opposition für die PDS den Umständen von 1989/90 geschuldet war und sie formulierte selbstbewusst schon 1990: „Veränderung beginnt mit Opposition“. Während die Grünen sich – auch als sie schon längst Partei geworden waren – zunächst noch als Bewegung verstanden und ihre Rolle in der Opposition sahen, steht für „Die Linke“ stets die Machtfrage im Mittelpunkt ihres politischen Handelns. In dem nun entstandenen Fünf-Parteien-System liegen für sie ihre primären strategischen Ziele auf der Hand: Es gilt eine bürgerliche Mehrheit zu verhindern und eine politische und parlamentarische Mehrheit links von der Mitte unter ihrer führenden Beteiligung möglich zu machen. Kontakte zu den orthodoxen Kommunisten sind auf dem Weg dorthin für „Die Linke“ nicht tabu.

- 1| Bartsch, Dietmar: *Günstige Gelegenheiten zur Strategiebildung*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 21 (2008) 1, S. 62.
- 2| Bisky, Lothar: *Das Signal steht auf Einmischung für eine andere, bessere Politik*. – www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/lothar_bisky/ [19.09.2008].
- 3| *Die Linke: Programmatische Eckpunkte*. *Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE*. Beschluss der Parteitage der WASG und der Linkspartei.PDS, Dortmund, 24./25.3.2007. In: *Disput*, 4/2007, S. 34-45; hier S. 37.
- 4| *Umfrage von Infratest dimap vom September 2000*; zitiert nach ebd., S. 5.
- 5| *Die Linke.PDS: Zur Geschichte der Linkspartei.PDS*. Ein kurzer Abriss. – http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/view_html?zid=28370&bs=1&n=4 [19.09.2008].
- 6| http://die-linke.de/partei/geschichte/fragen_und_antworten_zur_auseinandersetzung_mit_der_geschichte/2_wie_haelt_die_linke_es_mit_ihrer_geschichte/ [19.09.2008].
- 7| *Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*. – Bd. 1. – Baden-Baden: Nomos, 1995. – S. 208.
- 8| *Die Linke: Zur Auseinandersetzung mit der Geschichte*. – S. 2. – http://die-linke.de/fileadmin/download/geschichte/071008_auseinandersetzung_geschichte.pdf [19.09.2008].
- 9| Zitiert nach Winkler, Heinrich August: „Den Lenin noch im Leib.“ In: *General-Anzeiger* vom 30.11.1995.
- 10| *Die Linke: Programmatische Eckpunkte*. – S. 34.
- 11| „Zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Erklärung des Parteivorstandes vom 28. Januar 2008.“ – <http://www.die-linke.de/index.php?id=1559> [25.09.2008].
- 12| Bisky, Lothar / Kipping, Katja / Ernst, Klaus / Weck, Felicitas / Gysi, Gregor / Lafontaine, Oskar: *Aufruf zur Gründung einer neuen Linkspartei*. – Berlin, 2006.
- 13| *Die Linke: Programmatische Eckpunkte*. – S. 35.
- 14| *Junge Welt* vom 14./15.01.2006.
- 15| Zitiert nach Knabe, Hubertus: *Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur*. – Berlin: Propyläen, 2007. – S. 54.
- 16| „Lafontaine mit Wagenknecht?“ In: *Der Spiegel*, 17/2008, S. 23.
- 17| Zitiert nach Hollstein, Miriam: *Sahra Wagenknecht gibt auf. Wortführerin der Kommunistischen Plattform will nicht für den Vizeparteivorsitz der Linken kandidieren*. In: *Die Welt* vom 17.05.2008.
- 18| *Die Linke: Programmatische Eckpunkte*. – S. 35.
- 19| *Die Linke: Zur Auseinandersetzung mit der Geschichte*. – S. 3.
- 20| So beispielsweise der Ehrenvorsitzende der PDS Hans Modrow; zitiert nach Neu, Viola: *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*. – Baden-Baden: Nomos, 2004. – S. 188. – (Extremismus und Demokratie; 9).
- 21| *Die Linke: Zur Auseinandersetzung mit der Geschichte*. – S. 3.
- 22| Vgl. Hengst, Björn: *Ost-Realos wollen wirre Westler zähmen*. In: *Spiegel Online* vom 31.01.2008. – <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,531879,00.html> [31.01.2008].
- 23| Vgl. Moreau, Patrick / Schorpp-Grabiak, Rita: „Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit“ – *Die PDS: eine Bilanz*. – Baden-Baden: Nomos, 2002. – S. 340-342.

- 24| Vgl. Banse, Dirk / Müller, Uwe: Die Akten der Anderen. In: Die Welt vom 30.05.2008.
- 25| Vgl. ebd.
- 26| Ebd.
- 27| Die Linke: Zur Auseinandersetzung mit der Geschichte. – S. 3.
- 28| Vgl. Wilke, Manfred: „Wenn wir die Parteien retten wollen, brauchen wir Schuldige“. Der erzwungene Wandel der SED in der Revolution 1989/90. Interview mit Wolfgang Berghofer. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 20 (2007), S. 396-421.
- 29| Zitiert nach Schumann, Silke: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991. – Berlin: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abteilung Bildung und Forschung, 1995. – S. 195. – (Dokumente; A Nr. 1/1995).
- 30| Ebd.
- 31| Zitiert nach Wehner, Markus: Marx, Havannas und ein AOK-Kalender. Rollenspiele der PDS: Linke Wessis gemäßigte Osss. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 05.03.2006.
- 32| Junge Welt vom 30.06.2006.
- 33| Bisky, Lothar: Erklärung zum Tod von Markus Wolf. PDS-Pressemitteilung vom 09.11.2006.
- 34| Neues Deutschland vom 17.11.2006.
- 35| Modrow, Hans / Höpke, Klaus: Hartnäckiger Geisteskämpfer. Der Rechtswissenschaftler und Politiker Uwe-Jens Heuer. In: Junge Welt vom 11.07.2007.
- 36| Berliner Morgenpost vom 21.09.2007.
- 37| Berliner Morgenpost vom 01.04.2008.
- 38| Berliner Morgenpost vom 11.04.2008.
- 39| Vgl. ebd.
- 40| Fricke, Karl Wilhelm: Die Schönfärber verhöhn ihre Opfer. In: Frankfurter Rundschau vom 16.11.2007.
- 41| Ostrowski, Christine: Parteiaustritt. Meine Gründe für den Austritt, 01.01.2008. – <http://www.sz-online.de/nachrichten/dokumente/ostrowski.pdf> [23.09.2008].
- 42| Berg, Stefan: „Autoritärer Stil“. Die scheidende Vizechefin der Linken, Katina Schubert, über ihre Konflikte mit Oskar Lafontaine und den mangelnden Realitätssinn vieler Genossen. In: Der Spiegel, 16/2008, S. 51.
- 43| „Partei und Links-Sein widersprechen sich: Angela Marquardt und ihr Eintritt in die SPD.“ In: Jetzt.de Süddeutsche Zeitung vom 18.03.2008. – <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/425062> [23.09.2008].
- 44| Erb, Nadja: Von Rot nach Rot. Ex-PDS-Vize Marquardt ist nun in der SPD – die Linkspartei ist ihr zu „nationalistisch“. In: Frankfurter Rundschau vom 15.03.2008.
- 45| Kalbe, Uwe: „Ich bin und bleibe Sozialistin“. Angela Marquardt trat vor fünf Jahren aus der PDS aus, nun tritt sie in die SPD ein – welche Gründe bewegen sie? In: Neues Deutschland vom 14.03.2008.
- 46| Vitzthum, Thomas: Die Brutstätte der neuen Linken. Warum es Lafontaines roten Helfern gelingt, in grüne Wählermilieus einzudringen – Ein Ortstermin in Hannover Linden. In: Die Welt vom 05.02.2008.
- 47| Umfrage von Infratest dimap vom September 2000.
- 48| „Mindestlohnkampagne: Verlauf, erste Ergebnisse, nächste Schritte, Beschluss des Parteivorstandes vom 10. Juli 2006.“ In: Pressedienst DIE LINKE.PDS, 29/2006, S. 9.
- 49| Bartsch: Strategiebildung. – S. 62.

- 50| Ebd., S. 63.
- 51| Die Linke: Grundsätze und Ziele der Partei DIE LINKE in den Wahlkämpfen 2008/2009. Beschluss des Parteivorstandes vom 25. August 2007. – http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand_20072008/beschluesse/grundsaeetze_und_ziele_der_partei_die_linke_in_den_wahlkaempfen_20082009/ [19.09.2008].
- 52| Bartsch: Strategiebildung. – S. 64.
- 53| Ebd.
- 54| Die Linke: Grundsätze und Ziele.
- 55| Bartsch: Strategiebildung. – S. 64.
- 56| Ebd.
- 57| Korte, Jan: Überlegungen zur strategisch-inhaltlichen Entwicklung der Partei DIE LINKE vom 22.10.2007. – www.forum-ds.de.
- 58| Ebd.
- 59| Korte, Jan: Zeit für eine neue Bürgerrechtsbewegung. Ein Diskussions- und Arbeitspapier. – S. 5. – http://die-linke.de/fileadmin/download/positionen/korte_neue_buergerrechtsbewegung_0707.pdf [19.09.2008].
- 60| Vgl. das Interview mit Dietmar Bartsch „Was nutzt eine Partei, die edel und gut ist, aber nichts bewirkt?“ In: Der Tagesspiegel vom 09.01.2006.

DIE AUTOREN

Dr. Udo Baron, Jahrgang 1963, ist Politikwissenschaftler und Historiker. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter der Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Seit 2008 ist er als Referent im Niedersächsischen Ministerium des Innern für den Bereich Linksextremismus zuständig. Forschungsschwerpunkte sind u.a. die Geschichte der Parteien und der außerparlamentarischen Bewegungen sowie der politische Extremismus.

Prof. Dr. Manfred Wilke, Jahrgang 1941, ist Soziologe, Zeithistoriker und Publizist. Bis 2006 war er Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin und einer der beiden Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, zu dessen Mitbegründern er zählt. Forschungsschwerpunkte sind u.a. die Geschichte des Kommunismus und der SED-Herrschaft sowie die Erforschung von Opposition und Widerstand im „realen Sozialismus“.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Michael Borchard
Leiter Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Tel.: +49-30-2 69 96-35 50
E-Mail: michael.borchard@kas.de*

*Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Tel.: +49-30-2 69 96-35 03
E-Mail: ralf.baus@kas.de*

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem umseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplaren geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: publikationen@kas.de

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BESTELLUNG

Kurztitel	Heftnummer	Preis

* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

Absender

Vor- und Zuname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Fax: 0 22 41 / 2 46-2479
E-Mail: bestellung@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.
Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme,
Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher
Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzsichtige
Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem.
Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische
Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz
durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im
Gesundheitswesen
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health
System

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –
A review of the debate in central and western Europe, the United
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
- 88 | Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der
Kommunen | UN Guidelines on decentralization and the
strengthening of local authorities
- 89 | Deutschland in der Globalisierung – Auswirkungen und Handlungs-
ansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern
- 90 | Die Entzauberung der Extremisten? – Erfolgsbedingungen der NPD
im internationalen Vergleich

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

91 | Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie

92 | Der „zweite Frühling“ der NPD – Entwicklung, Ideologie,
Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei

93 | Die Freien Wähler in Deutschland – Geschichte – Strukturen –
Leitlinien (zunächst nur als Online-Publikation unter
<http://www.kas.de/wf/de/34.4/>)

94 | „Die Linke“ – Entstehung – Geschichte – Entwicklung